Nr. 56 — Jahrgang 19 | Einzelnummer 0,20 Zł. | Donnerstag, den 9. März 1933

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 41. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). — Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

Faschistischer Kurs auch in Oesterreich?

Die Volksvertretung wird ausgeschaltet — Rücktritt des österreichischen Kabinetts vom Bundespräsidenten abgelehnt — Versammlungsverbot und Presseverordnung

Wien. Seit der Amtsniederlegung der drei Präsidenten des Nationalrates waren Gerüchte im Umlauf, daß die Ungewißheit **über die Wiederingangsetzung der Nationalratstätigkeit dazu benutzt werden könnte, das Parlament auszuschalten.** Der Umstand, daß der Ministerrat am Dienstag zweimal zusammentrat und bis in die späten Nachtstunden tagte, ließ etwas besonderes erwarten. Ueber das Ergebnis des Ministerrates erschien um 0,30 Uhr eine amtliche Verlautbarung, in der es heißt:

Der Ministerrat beschloß den Text eines Aufrufes an Oesterreichs Volk. Darin wird von einem Versammlungs- und Aufmarschverbot gültig für das ganze Bundesgebiet Mitteilung gemacht und der Erlaß einer Verordnung mit gesetzesändernder Kraft über pressrechtliche Bestimmungen angekündigt.

Alle Maßnahmen der Regierung bezwecken, Schädigungen der Wirtschaft zu verhindern, die sicher zu erwarten wären, wenn nicht mit allen Mitteln der Störung der Ruhe und Ordnung ein Riegel vorgeschoben und die fortgesetzte „Verhetzung" unterbunden wird.

Der Bundeskanzler, so heißt es in der Verlautbarung weiter, begab sich nach dem Ministerrat zum Bundespräsidenten,

um ihm nach einem eingehenden Bericht in seinem Namen und im Namen der übrigen Kabinettsmitglieder den Rücktritt anzubieten.

Der Bundespräsident erklärte, daß er bei aller Würdigung der schwierigen Lage nicht in der Lage sei, den Rücktritt anzunehmen, vielmehr den Bundeskanzler und den übrigen Mitgliedern der Bundesführung sein volles Vertrauen versichere. Er knüpfte daran das Ersuchen, die Staatsgeschäfte mit ruhiger Festigkeit fortzuführen und alles daran zu setzen, um die Schwierigkeiten, namentlich auch die innerpolitischen Verwirrungen, baldmöglichst im Geiste der Verfassung zu beseitigen.

Der Putsch in Griechenland

Eine neue Regierung eingesetzt — Der „Diktator" verhaftet

Berlin. Ueber den neuen Militäraufstand in Athen, der offenbar auf den General Plastiras zurückgeht, liegt bei der griechischen Gesandtschaft in Berlin eine Bestätigung nicht vor. Dagegen besagen die letzten dort aus Athen eingetroffenen Informationen folgendes:

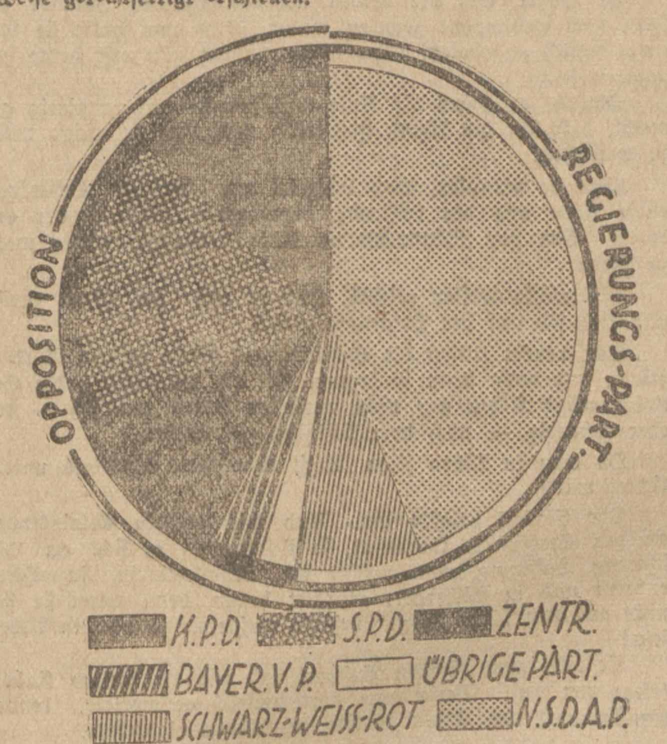
Die Lage entwickelt sich seit Dienstag in der Richtung der Legalität, umsomehr, da Tsaldaris, der Führer der Opposition, selbst die Lösung angenommen hat, die der Staatspräsident Zaimis vorgeschlagen hatte. Nach diesem Vorschlag sollte eine aus **Militär und Zivilpersonen zusammengesetzte Regierung gebildet werden.** Die Regierung hat sich gestern abend in folgender Weise konstituiert: General Othoneos, Ministerpräsident und Kriegsminister, General Tsimikalis Innenminister, General Manetas, Verkehrsminister, der Direktor des Rechnungshofes, Mandavinos, Finanzminister, Kapitänleutnant Demostinas, Marineminister, General Masarakis Unterrichtsminister, der Leiter der griechischen Eisenbahnen, Koronis, Minister für nationale Wirtschaft, Universitätsprofessor Petimesas Justizminister. Die militärischen Mitglieder der Regierung werden wahrscheinlich heute abend, die zivilen Minister morgen den Eid leisten.

Im Zusammenhang mit dem gestrigen Putsch ist die Verhaftung des Generals Plastiras und seiner Mitarbeiter verfügt worden. Plastiras soll sich angeblich noch in Athen aufhalten. Man nimmt an, daß der General versuchen wird, ins Ausland zu entfliehen. **In der griechischen Armee stehen große Veränderungen bevor.** Ferner ist die Amtsenthebung des Bürgermeisters von Athen beantragt worden. Venizelos erklärte, er verbleibe an der Spitze seiner Partei und **werde sein politisches Werk fortsetzen.** Die Uebernahme der Regierung durch Tsaldaris ist in Kürze zu erwarten.

Nachdem der **Wahlsieg der Opposition feststeht, die 141 Sitze von insgesamt 248 erhält, hat sich die Lage in Griechenland erneut zugespitzt.** In Athen herrscht eine erregte Stimmung, besonders da sämtliche Morgenzeitungen plötzlich **beschlagnahmt** wurden. Die Regierung hat besondere Schutzmaßnahmen angeordnet. In den Straßen patrouillieren **starke Kavallerieabteilungen, Polizeitruppen und Panzerwagen. Es verlautet, daß General Plastiras eine neue Diktatur aufrichten will.**

Sozialdemokratischer Protest an Papen

Berlin. Der Vorstand der SPD hat an Vizekanzler von Papen ein Schreiben gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß der Parteivorstand bereits am 28. Februar Einspruch dagegen erhoben habe, daß Angehörige der SPD mit dem Brand im Reichstag und angeblichen Terrorakten in Zusammenhang gebracht würden. Es wird weiter erklärt, daß trotzdem in einem Runderlaß des Reichskommissars von Preußen vom 3. März die gleiche Zusammenstellung der SPD mit kommunistischen und anarchistischen Organisationen wiederkehre und aus dieser Verbindung das Recht zum polizeilichen Vorgehen gegen Angehörige sozialdemokratischer Verbände erneut hergeleitet werde. Der Vorstand erhebt in seinem Schreiben gegen diese Verbindung entschiedenen Einspruch mit der Erklärung, daß die SPD sich zu allen Zeiten ihres Bestehens gegen Terrorakte gewandt habe. Das Schreiben schließt mit der Bitte zu veranlassen, daß die Anweisungen rückgängig gemacht würden, da sie zum Schutz von Ordnung und Sicherheit in keiner Weise gerechtfertigt erschienen.



Die Kräfteverteilung im neugewählten Reichstag

Unsere Statistik veranschaulicht die Stärke der Parteien im neugewählten Reichstag.

Reichstagszusammentritt zwischen 3. und 8. April

Aus der Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin. Das Reichskabinett hielt am Dienstag unter Vorsitz des Reichskanzlers eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, den neuen Reichstag zwischen dem 3. und 8. April in der Garnisonkirche einzuberufen. Dem Reichstag wird ein Ermächtigungsgesetz vorgelegt werden, das verfassungsändernden Charakter trägt. Reichsinnenminister Dr. Frick begründete das Reichseingreifen in Hessen und Hamburg. Zur Lage in Genf verlautet, daß der Reichskanzler voraussichtlich nicht an den dortigen Verhandlungen teilnehmen wird. An einen militärischen Ausnahmezustand ist nicht gedacht.

Deutschland nach der Wahl

Zwar sollte es die letzte Wahlschlacht sein, die am 5. März ausgetragen werden sollte, doch kündigen sich bereits eine Anzahl neuer Wahlkämpfe an, der an Umfang und Tragweite gleichfalls nicht abzusehen ist. Am 12. März werden die kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften ihre Vertretungen wählen, worauf eine gründliche Reinigung aller Aemter erfolgen wird, so daß man mit Sicherheit rechnen kann, daß kein sozialdemokratischer Bürgermeister auf seinem Posten verbleibt, um nicht von den nationalen Kandidaten verdrängt zu werden und die, die noch nicht national genug sind, werden, wie im November 1918 recht bald „Nationalsozialisten" werden, sowie sich die Sozialdemokratie nicht vor dem Ansturm der schon immer gewesenen „Sozialisten" erretten konnte, die beim geringsten Kurswechsel wieder ihre neue „vaterländische Gesinnung" entdeckt haben. Die Anwärter bei den Nationalsozialisten sind mindestens so zahlreich, wie seinerzeit beim Novembersturz 1918. Das Wahlergebnis hat denn auch den Reichsinnenminister veranlaßt, „Kommissare" einzusetzen, wo in den Ländern oder Freistädten die Stimmung den neuen Kurs bestätigen soll. Niemand darf sich darüber Täuschungen hingeben, daß dieses „Aufbauwerk", welches am 30. Januar mit der Berufung Hitlers begann und seine Bestätigung am 5. März gefunden hat, so leicht beendet sein wird, und es bleibt zunächst abzuwarten, ob die Regierung in ihrer derzeitigen Form weiter am Ruder verbleibt oder auch einer Rekonstruktion unterzogen wird. Zwar behauptet ein Montag-Mittagsblatt in Berlin, daß die Regierung unverändert fortbestehen wird, woran allerdings gezweifelt werden muß. In den süddeutschen Ländern werden entschiedene Eingriffe erfolgen und dort stehen zu den Landesparlamenten Neuwahlen auf der ganzen Linie bevor. Ihr Ausgang ist bei der heutigen Stimmung nicht mehr zweifelhaft und unbestritten befindet sich Deutschland am Wendepunkt gewaltiger Ereignisse eine nationale Revolution hat sich vollzogen, deren Tragweite noch nicht abzuschätzen ist.

Keine Regierung in Deutschland hat eine solche Fülle von Macht durch den Wahlausgang erhalten, wie die derzeitige Regierung der „nationalen Konzentration", aber sie ist auch mit Versprechungen belastet, wie kein Kabinett bisher. Auslandsblätter beginnen denn auch vom „Ende der deutschen Republik" zu sprechen, heben den angeblichen Erfolg in der Bekämpfung des Marxismus hervor, verschweigen aber, daß es trotz aller Erfolge der Nationalsozialisten nicht gelang, die rote Mehrheit in Berlin zu brechen, und daß ein Teil der „nationalen Front", die Deutschnationalen selbst, nicht in der Lage waren, ihre Basis zu erweitern, sondern gerade mit knapper Not ihren Bestand übers Ziel setzten, und daß allem Jubel über den Erfolg der „nationalen Konzentration", auch zugleich eine Ernüchterung in der nationalen Presse folgt, die scheinbar von dem zu großen Sieg der Nationalsozialisten überrascht ist und weiß, daß die eigene Verantwortung in diesem neuen Machtkreis leicht bei den Anhängern auf Enttäuschung stoßen wird. Aber das ist nicht mehr Aufgabe der Linken, sich darüber Sorgen zu machen, was die Regierung zur Rettung Deutschlands unternehmen wird. Die nächsten Tage werden beweisen, ob die Wahlkampagne weiter fortgesetzt wird oder die Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen erfolgt. Das Letztere erscheint uns noch zweifelhaft und auch dann wird man sich vor allem vor der Verbreitung der im Ausland umgehenden Gerüchte schützen wollen, denn, obgleich man mit einem Erfolg der heutigen Machtinhaber rechnet, weiß man genau, daß sich besonders außenpolitische Rückschläge einstellen werden, wenn die Regierung wirklich auf die Probleme zurückgreift, denen sie im Wahlkampf besonderen Nachdruck verlieh, der Revision von Friedensverträgen. Selbstverständlich wird niemand erwarten, daß das neue Regime in Deutschland nun alles von heut auf morgen abändert, man wird noch recht lange von der „Mißwirtschaft" früherer Regierungen leben, aber damit noch lange nicht eigene Erfolge konstruieren können.

Die ganze Welt und nicht zuletzt die Arbeiterklasse ist am Aufstieg Deutschlands interessiert und mag auch heute noch die antimarxistische Stimmung anhalten, sie wird den Marxismus weder in Deutschland noch viel weniger im Ausland vernichten können und schließlich wird man sie weniger nach den Wahlschlagern, aber desto mehr an ihren Taten beurteilen, das demokratische Ausland jedenfalls

legt sich auch gegenüber dem heutigen Kurse eine Reserve auf, die beweist, daß man abwarten kann, aber zwischendurch geht aus den Pressemeldungen nur zu deutlich hervor, daß man im geeigneten Augenblick auch durchgreifen wird. Das hängt, wie wir schon oben dargelegt haben, im wesentlichen von den außenpolitischen Maßnahmen der Regierung ab. Denn Deutschland hat in diesem Augenblick als Freund nur Italien, welches wiederum im schärfsten Gegensatz zu Frankreich steht. In Sowjetrußland macht sich eine Wendung bemerkbar, die wirtschaftlich sehr zum Nachteil Deutschlands ausschlagen muß, wenn sich auch heute noch Moskauer Blätter nicht entschließen können, ihren Lesern die volle Wahrheit über die Vorgänge in Deutschland zu sagen, zuzugestehen, daß der Feldzug dem Kommunismus gilt und noch immer den Eindruck zu erwecken versuchen, als wenn in Deutschland die Vorboten der Weltrevolutionen schon sichtbar in Erscheinung treten würden. Zweifellos steht Deutschland am Ausgang einer „siegreichen Gegenrevolution“ und wenn man will, einer Nationalrevolution großen Maßstabs, aber gerade deshalb bleiben die sozialen und wirtschaftlichen Probleme ungelöst, die zunächst auf Auseinandersetzungen im eigenen Lager schließen lassen. Wie diese Gegensätze überwunden werden, das ist eine Frage, die im Augenblick nicht zu übersehen ist.

In einigen Auslandsblättern ist man über die Haltung der deutschen Arbeiterklasse sehr enttäuscht, man will nicht verstehen, daß die Sozialdemokratie alle diese Maßnahmen hinnimmt und nicht zum Bürgerkrieg und Generalstreik aufruft. Aber, wer die Dinge objektiv betrachtet, wird zugeben, daß dies nur ein Massenmord der deutschen Arbeiter wäre, denn gerade die kommunistische Taktik hat den gegenwärtigen Machthabern den Weg erleichtert, und auch heute noch gilt der ganze Kampf der Kommunisten nicht den Nationalsozialisten, sondern den Sozialdemokraten. Die Zerrissenheit der Arbeiterklasse ist am Aufstieg der Hitlerbewegung genau so schuld, wie die Auswirkung der Friedensverträge und die Unnachgiebigkeit der Sieger in deutschen Fragen, die den Nationalismus förderten und nicht zuletzt im Versagen des deutschen Bürgertums, welches politisch vollkommen auf den Hund gekommen ist und der politischen Phrase von der nationalen Wiedergeburt verfallen ist, seine Führung an den Nationalsozialismus abgeben mußte. Wir unsererseits sind überzeugt, daß der Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse wiederkommt, schneller, als es jemand erwartet, sie geht aber nur durch die Vereinigung der Arbeiterklasse und in der Ueberwindung des kommunistischen Putschismus, wie er jetzt in einer Reihe von Ortschaften in Deutschland zum Ausdruck kommt. Die nationale Revolution in Deutschland hat ihren Höhepunkt erreicht, die soziale Revolution beginnt, und sie wird in Deutschland den marxistischen Sozialismus zum Siege bringen, dessen sind wir gewiß, mögen auch die politischen Propheten noch so sehr im Glück schwelgen. —ll.

Das chinesische Oberkommando in Dschehol wird vor ein Kriegsgericht gestellt

Nanking. Die chinesische Regierung gibt in einer Erklärung zu, daß die Klagen der chinesischen Oeffentlichkeit über das Versagen der chinesischen Armee in Dschehol vollkommen berechtigt seien. Die chinesische Regierung habe sich überzeugt, daß die Führung der chinesischen Armee ungeeignet gewesen sei. Gegen eine Anzahl Offiziere der chinesischen Armee sei ein Hochverratsverfahren eingeleitet worden. Alle Mitglieder des chinesischen Oberkommandos würden vor ein Kriegsgericht gestellt und abgeurteilt werden.

Französische 10-Milliardenanleihe

Paris. Die Kammer nahm nach längerer Aussprache das Gesetz über die **Ermächtigung zur inneren Anleihe mit 368 gegen 185 Stimmen an.** Das Gesetz ermächtigt den Finanzminister, bis zu einer Grenze von 10 Milliarden Franken Obligationen des Schatzamtes mit längerer oder mittlerer Frist auszugeben, deren Erlös zur endgültigen Deckung der Fehlbeträge der Haushaltsjahre 1930-31, 1931-32 und 1933 dienen soll. Die Bedingungen der Emissionen sollen durch Verordnung verfügt werden.

Zugespitzte Lage in Danzig

Protest des Senats gegen die polnische Verstärkung — Der Notenwechsel mit dem Völkerbundskommissar

Danzig. Der Danziger Senat veröffentlicht am Dienstag vormittag den amtlichen Schriftenwechsel mit dem Hohen Kommissar des Völkerbundes in Danzig, Rosting, **über die Verstärkung der polnischen Wachmannschaften auf der Westerplatte bei Danzig.**

Danach hat der Danziger Senat am Montag nachmittag eine Note an Rosting gerichtet, in der darauf hingewiesen wird, daß die Verstärkung der Wachmannschaften auf der Westerplatte **nur mit Zustimmung des Völkerbundskommissars erfolgen dürfe.** Es wird dann angefragt, ob diese Zustimmung erfolgt sei und welche Gründe gegebenenfalls dafür vorlagen. Auf diese Note hat Völkerbundskommissar Rosting noch am Montag abend die Antwort erteilt, **daß er keine Erlaubnis zur Vergrößerung des Bestandes der polnischen Wache gegeben habe.** Auf Grund dieser Antwort hat der Präsident des Danziger Senats, Dr. Ziehm, am Montag abend an Rosting den Antrag gerichtet:

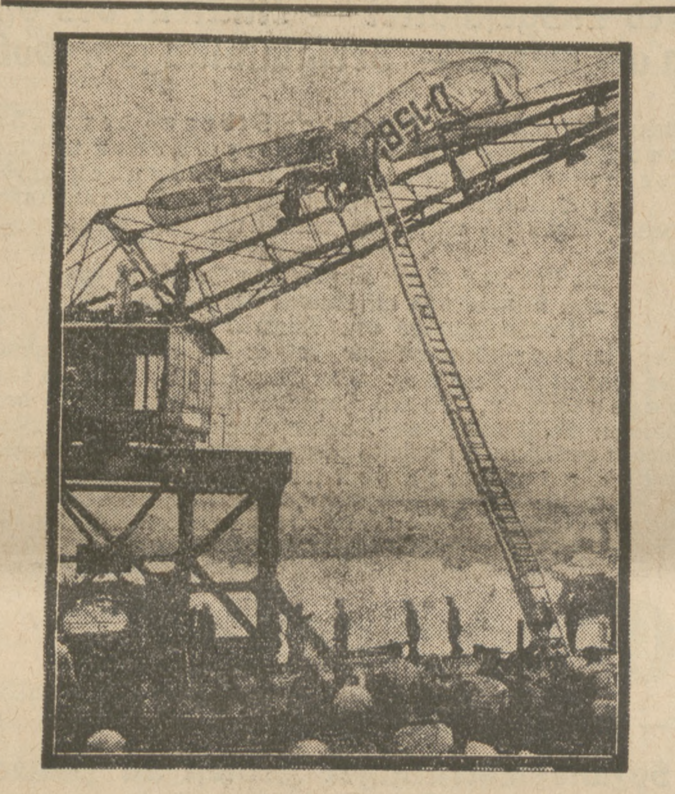
1. Gemäß Artikel 39 des Pariser Vertrages zu entscheiden: Die polnische Regierung ist verpflichtet, den auf den Verträgen beruhenden legalen Zustand unverzüglich wieder herzustellen und die Besetzung der Westerplatte auf die vorgesehene Stärke zurückzuführen.

2. Sofort Maßnahmen zu treffen, daß diese Handlung der polnischen Regierung als eine „action directe“ festgestellt wird.

In der Begründung dieses Antrages wird darauf hingewiesen, daß Polen auf Grund des Vertrages vom 22. Juni 1931 das Recht erhalten habe, auf der Westerplatte Wach- und Aufsichtsmannschaften zur Bewachung des dortigen polnischen Munitionslagers zu unterhalten. Diese Wachmannschaft sei auf Grund einer Entscheidung des Völkerbundsrates vom 19. Dezember 1925 auf höchstens zwei Offiziere, 20 Unteroffiziere und 66 Mann festgesetzt worden. Eine Erhöhung dieses Standes ohne Einwilligung des Hohen Kommissars widerspreche dem Vertrage vom 22. Juni 1921 und stelle eine Handlung dar, die die öffentliche Sicherheit Danzigs und die guten Beziehungen zwischen Danzig und Polen ernstlich gefährde.

Der Völkerbundskommissar Rosting hat dann noch am Montag abend an den diplomatischen Vertreter Polens in Danzig, Dr. Papee, ein Schreiben gerichtet, worin er unter Beifügung einer Abschrift des Schreibens des Danziger Senats **den polnischen Vertreter auffordert, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, daß die fraglichen Polizeimannschaften unverzüglich von der Westerplatte zurückgezogen werden, da die Vergrößerung der Bestände erfolgte, ohne daß die polnische Regierung vorher ein Ersuchen in dieser Richtung an den Hohen Kommissar gerichtet hatte und ohne, daß dieser die erforderliche Erlaubnis gegeben hatte.**

Wie wir weiter erfahren, hat der Danziger Senat, ehe er Schritte beim Völkerbundskommissar unternahm, **zunächst an den polnischen Vertreter in Danzig die Frage gerichtet,** ob die Meldung über eine Verstärkung der Wache auf der Westerplatte zutreffend sei. Auf diese Frage hat Minister Papee bis heute noch nicht geantwortet.



Ein seltsamer Landungsplatz

Ein Wahlflugzeug hatte über Berlin einen seltsamen Unglücksfall: die Maschine rutschte plötzlich in einer Kurve — infolge Versagens des Motors — ab und setzte sich direkt auf einen großen Ladekran, wo sie zertrümmert liegen blieb. Der Pilot wurde von der Feuerwehr mit leichten Verletzungen aus seiner seltsamen Lage befreit.

Das Goslarer Gewerkschaftshaus besetzt

Verbrennung von Fahnen.

Goslar. Am Dienstag nachmittag besetzten SA- und SS-Männer aus Vienenburg und Umgebung das Goslarer Gewerkschaftshaus. Sie holten die rote Fahne mit den Pfeilen herunter und hißten an ihrer Stelle die Hakenkreuzfahne. Nachdem vom Rathaus die schwarz-rot-goldene Fahne heruntergeholt worden war, wurden auf dem Marktplatz diese und die rote Fahne verbrannt. Darauf wurde von Sozialdemokraten die auf dem Gewerkschaftshaus gehißte Hakenkreuzfahne wieder heruntergeholt und ebenfalls auf der Straße verbrannt. Das Gewerkschaftshaus wurde erneut besetzt und in kurzer Zeit wiederum die Hakenkreuzfahne gehißt. Die Polizei riegelte die Straße ab. Gegen Abend wurde vom Gewerkschaftshaus die Hakenkreuzfahne abermals von einem Kommunisten heruntergeholt. Als die Nationalsozialisten von einem Nachbargrundstück nach dem Gewerkschaftshaus zu gelangen versuchten, wurden sie mit zahlreichen Schüssen empfangen. Die Goslarer Polizei, unterstützt durch Hilfspolizei, ist vollständig Herr der Lage. In der ganzen Stadt ist Beruhigung eingetreten.

Im „Dritten Reich“

Dessau. Der anhaltische Landtag trat heute unter außergewöhnlichen Umständen zusammen. Sämtliche Tribünenbesucher, von denen die Kommunisten ausgeschlossen waren, wurden nach Waffen durchsucht, ebenso die Vertreter der Presse. Der Landtag nahm einen Antrag der NSDAP an, wonach künftighin Staatsbeamte und Staatsangestellte nicht mehr Mitglieder der SPD sein dürfen. In Ergänzung dieses Beschlusses fand ein Antrag der „nationalen Arbeitsgemeinschaft“ Annahme, wonach sofort ein Gutachten des Reichsjustizministeriums in dieser Sache eingeholt werden soll. Die Nationalsozialisten brachten einen weiteren Antrag ein, der die Staatsbehörden verpflichtet, fortan ihre Einkäufe nicht mehr in Warenhäusern, Konsumvereinen und Einheitspreisgeschäften zu tätigen. Die Bezüge sollen vielmehr bei den guten alten christlichen Firmen des Mittelstandes getätigt werden.

Rücktritt der Schaumburg-Lippischen Regierung

Bückeburg. Die Schaumburg-Lippische Landesregierung ist mit Rücksicht auf die veränderten politischen Machtverhältnisse zurückgetreten. Der Landtag wird sofort zusammentreten, um über Auflösung des Landtages und Neuwahlen Beschluß zu fassen.

Vampyre

Roman von Bert Oehlmann

25)

Gleichmäßig verteilt, um die Gleichgewichtslage des Schiffes auf See nicht ungünstig zu beeinflussen, stapelten sich rechts und links gewaltige, nicht gerade angenehm duftende Ballen gegerbter Häute.

Da es natürlich unmöglich war, Stapel für Stapel abzutragen, beschränkte man sich darauf, jeden frei gebliebenen Fleck zu untersuchen.

Aber alles umsonst.

„Ich habe es mir gleich gedacht,“ murmelte der Kommissar.

Abner Collin hörte kaum, was der Kommissar sagte. Nur ein Gedanke beherrschte ihn:

„Wenn nicht auf dem Dampfer, wo war Kitty Alphonse sonst zu finden? Es war ja gar nicht anders möglich, als daß die Kunstreiterin bereits in Athen einem furchtbaren Verbrechen zum Opfer gefallen war!“

Als er sich noch einmal nach dem „San Diego“ umschaute, sah er die kolośähnliche Gestalt des Kapitäns an der Reeling stehen, und obwohl die Entfernung bereits viel zu groß war, um seine Gesichtszüge noch erkennen zu können, fühlte er doch, wie die Augen des Menschen ihm starr und feindlich folgten...

Was nun?

Abner Collin wußte es nicht.

Wie ein Träumender kehrte er ins französische Hotel zurück, in dem er seit seiner Ankunft in Beirut wohnte, und schloß sich in sein Zimmer ein.

Der Blick seiner Augen war trübe und ohne jeden Glanz, und seine Wangen glichen in ihrer ungesunden Farbe und ihrer Hohlheit denen eines Bagnosträflings.

So hockte er lange am Fenster und starrte über die Häuser hinweg zum Hafen hinüber, bis ihn lärmende Stimmen, die aufdringlich sein Ohr berührten, aus seinem Brüten rissen.

Die Laute klangen aus dem Nebenzimmer, und er unterschied deutlich die eines Mannes und zweier Frauen.

Die Unterhaltung wurde in deutscher Sprache geführt, die er recht gut verstand, weil er drei Jahre seiner Kindheit in Deutschland zugebracht hatte.

Unwillkürlich lauschte er intensiver, als eine der Frauenstimmen gellend nach der Polizei rief. Dann hörte er deutlich, wie eine andere weibliche Stimme sagte: „Aber beruhigen Sie sich doch, Komteß!“

Wenn Abner Collin auch seit Tagen Dingen, die um ihn her geschahen, infolge seiner eigenen Aufregung kein Interesse entgegenbrachte, konnte er sich in diesem Falle doch nicht dem Banne der eigenartigen Situation entziehen.

Er wußte, daß die beiden nebenanliegenden Zimmer gestern noch unbewohnt gewesen waren, denn man hatte sie ihm ursprünglich angeboten. Die Gäste mußten also erst heute zugezogen sein.

Obwohl er, durch die Rufe nach der Polizei neugierig gemacht, dicht an die Wand herantrat, vermochte er nichts mehr zu verstehen.

Was er vernahm, war lediglich das haltlose Schluchzen einer Frau und der tröstende, beruhigende Zuspruch der anderen. Von der Männerstimme war überhaupt nichts mehr zu hören.

Als nichts weiter geschah, trat er von der Wand zurück und ließ sich auf der Ottomane nieder.

Von neuem traten die Gedanken an Kitty in den Vordergrund, und mehr denn je begann ihn die Vermutung, die Geliebte möge Athen gar nicht verlassen haben und sich — tot oder lebendig — noch dort befinden, zu quälen.

Ob man in Athen schon längst über ihren Verbleib unterrichtet war?

Der Einfall belebte ihn. Und wie sich ein Ertrinkender an den Strohhalm klammert, so klammerte er sich an die schwache Hoffnung, man möchte die Kunstreiterin inzwischen entdeckt und in Sicherheit gebracht haben, denn wenn sie sich nicht auf dem „San Diego“ befand, mußte sie ja noch in Athen sein!

Er eilte zum nächsten Postamt und gab ein langes Kabeltelegramm auf. Wenn man dort sogleich antwortete, konnte die Antwort aus Athen bereits am Abend eintreffen.

Ein wütendes Knurren seines Magens erinnerte ihn daran, daß er an diesem Tage noch nichts, keinen Bissen zu sich genommen hatte.

Er begab sich ins Hotel zurück.

Im Foyer begegnete er einem Herrn, den er wohl gar nicht weiter beachtet hätte, wäre der Portier nicht mit den Worten auf ihn zugetreten:

„Wir haben ein ungeniertes Zimmer im dritten Stock freigemacht, das sich vielleicht besser zur Unterbringung der irren Dame eignet!“

„Sehr liebenswürdig,“ entgegnete der Herr. „Rufen Sie den Zimmerkellner. Ich möchte den Umzug sogleich bewerkstelligen, obwohl es sein kann, daß ich schon morgen mit den Damen weiterreise.“

Der Portier beeilte sich, den Zimmerkellner hereinzuzitieren, der gleich darauf erschien und, von dem Herrn gefolgt, die Treppe emporeilte.

Abner Collin folgte ihnen langsam.

Seine Vermutung, in dem Herrn, in dem er von allem Anfang an einen Deutschen vermutet hatte, den neuen Zimmernachbarn zu erkennen, bestätigte sich.

Collin begriff.

Der Herr reiste mit zwei Damen, von denen die eine geisteskrank ist. Diese war es dann wohl auch, die nach der Polizei gerufen hatte.

Freilich, so war es!

Und die andere, die gesagt hatte: „Aber beruhigen Sie sich doch, Komteß!“ war wahrscheinlich eine Verwandte oder Pflegerin...

Träge flossen die Stunden dahin.

Um sechs Uhr hielt es den Steuermann nicht länger. Er griff zum Hut und lief zum Postamt, um sich zu erkundigen, ob bereits die Kabelantwort von der Athener Polizeidirektion eingelaufen war.

Der negative Bescheid erhöhte seine Ungeduld.

Er fürchtete sich, ins Hotel zurückzukehren, fürchtete sich in der Enge seines Zimmers und der drückenden Einsamkeit.

Wie nach seiner Ankunft, so lief er auch jetzt kreuz und quer durch die winkligen Gassen und Gäßchen, bis es ihn mit unwiderstehlicher Macht an den Hafen zurücktrieb.

Finster schweiften seine Blicke zur Reede hinüber, wo er die dunklen Umrisse des „San Diego“ gewahrte.

Und wieder war es ihm, als fühlte er die starren Augen des Kapitäns feindlich und spöttisch zugleich auf sich gerichtet...

Er lief weiter, um aber plötzlich jäh den Schritt zu hemmen.

(Fortsetzung folgt.)

Die Aufsichtsbehörde und die kommunale Selbstverwaltung

Wann kann die Regierung eingreifen? — Einkauf von Realitätenwerten und Anleiheaufnahmen durch die Gemeinden — Ueberwachung der Beschlüsse — Strafen für Kommunalverwaltung Beschlüsse, die für ungültig erklärt werden können

Mit dem neuen Gesetz über die territoriale Selbstverwaltung (Gemeinderecht) haben wir uns im „Volkswille“ schon befaßt, aber wir haben das Gesetz nicht erschöpft. Das Gesetz ist so weitgehend, die Bestimmungen sind in das Leben der Gemeinden so einschneidend, daß es sich schon verlohnt, zu diesem Thema noch einmal zurückzukehren. Ueber kurz oder lang wird dieses Gesetz sicherlich auch in unserer Wojewodschaft eingeführt, denn in Warschau legt man Gewicht darauf,

daß in dem Staate die Verwaltung einheitlich

gestaltet wird.

Wir wiederholen hier, daß die Linke im Warschauer Sejm, nach Ablehnung ihrer Anträge die Sitzung verlassen hat, um die Verantwortung der Regierungsmehrheit für dieses Gesetz zu überlassen. Diese Mehrheit war es, die den

Einfluß der Opposition in den Gemeinden brechen

bezw. einschränken wollte. Man kann natürlich die Opposition aus den Gemeinden nicht herauswählen, aber man kann durch die Ausdehnung des Kontrollrechtes, der staatlichen Verwaltungsorgane ihren Einfluß beschränken. Deshalb das sehr weitgehende Kontrollrecht über die kommunale Selbstverwaltung. Wir wollen nicht leugnen, daß unter Umständen das Kontrollrecht erforderlich ist. Wir verweisen hier auf die

Lipine mit ihrer „Lipinowka“

und die damit verbundenen Auslagen. Man hat durch eine unverantwortliche Finanzwirtschaft die Gemeinde finanziell an den Abgrund gebracht. Doch bietet das bisherige Gemeinderecht der Verwaltungsbehörde genügend Handhabe zum Einschreiten, um die schuldigen Personen zur Verantwortung zu ziehen, aber die Aufsichtsbehörde schreitet nicht ein, zieht die Schuldigen nicht zur Verantwortung. Herr Starost hat erklärt, daß die Beschuldigungen angeblich gegen eine Partei gerichtet sind. So kann man die Sache nicht auffassen und selbst wenn sich die Beschuldigungen nur gegen eine Partei richten sollten und diese Partei die Schuld trifft, dann muß sie zur Verantwortung gezogen werden. Hier handelt es sich um Steuergelder aller Gemeindebewohner, also um öffentliche Gelder und das soll ausschlaggebend sein und nicht eine oder zwei Parteien oder gar Personen.

Nach dem neuen Gemeinderecht, müssen bestimmte Beschlüsse der Kommunen von den Aufsichtsbehörden bestätigt werden. Das bezieht sich auf alle Beschlüsse über den

Verkauf und Ankauf von Realitätenwerten, ferner über langjährige Pachtverträge, über Anleiheaufnahme usw.

Die Aufsichtsbehörde hat nach Artikel 49 des Gemeinderechtes 60 Tage Zeit und die Gemeinde muß solange mit der Ausführung des Beschlusses warten. Handelt es sich um andere Beschlüsse wie

Dienstpragmatik, Naturalleistungen, Disziplinarverfahren u. a.,

so kann die Aufsichtsbehörde jederzeit einschreiten und die Abänderung der Beschlüsse verlangen. In diesem Falle steht der Aufsichtsbehörde das Recht zu, den Einspruch innerhalb von 30 Tagen zu erheben. Der Aufsichtsbehörde steht nach dem neuen Gemeinderecht die Kontrolle über alle Sozialeinrichtungen der Gemeinde und

jene Organisationen zu, deren Einnahmen 50 Prozent aus Subventionen der Gemeinde

stammen. Alle diese Einrichtungen werden durch die Aufsichtsorgane inspiziert werden.

Der Aufsichtsbehörde steht das Recht zu,

jederzeit einen Vertreter zu den Sitzungen

sowohl des Gemeinderates bezw. Stadtverordnetenversammlung, als auch zu den Sitzungen des Gemeindevorstandes bezw. Magistrats zu delegieren, der an diesen Sitzungen mit beratender Stimme teilnimmt.

Die Aufsichtsbehörde kann der Gemeinde Anordnungen erteilen, sie kann empfehlen und Weisungen erteilen.

Die Aufsichtsbehörde kann in alle Akten Einsicht nehmen und alle Agenden einer Revision unterziehen, sie kann in

schwebende Verfahren eingreifen

und die Ausführungsmittel überwachen. Eventuelle Kosten, die mit dieser Funktion verbunden sind, trägt die Gemeinde.

Der Artikel 53 des neuen Gemeinderechtes ermächtigt die Aufsichtsbehörde,

sowohl den Gemeindevorstand, als auch die Gemeindevertretung aufzulösen.

Die Auflösung der beiden Körperschaften kann gleichzeitig, aber auch getrennt erfolgen. Das Gesetz geht noch weiter und räumt der Aufsichtsbehörde das Recht ein,

den Vollzugsorganen der Gemeindevertretung bezw. des Gemeindevorstandes unter Strafe zu setzen.

Es kann eine Verwarnung oder Geldstrafe erfolgen, wenn entgegen den Anordnungen der Verwaltungsbehörde gehandelt wird.

Bei der Auflösung einer Gemeindekörperschaft muß zuerst die Verwarnung von seiten der Aufsichtsbehörde erfolgen und eine Frist zwecks Beseitigung der Verfehlungen gestellt werden. Die einzelnen Mitglieder des Gemeindevorstandes können ihrer Aemter entkleidet werden. An Stelle des aufgelösten Vorstandes bezw. der Gemeindevertretung, tritt eine

kommissarische Verwaltung bezw. Vertretung

ein, die jedoch innerhalb eines Jahres die Wahlen ausschreiben muß. Die kommissarische Verwaltung darf jedoch keine langfristigen Anleihen aufnehmen u. keine Realitätenwerte erwerben. Sie kann neues Personal anstellen, jedoch mit der Beschränkung, daß die Kündigungsfrist nicht drei Monate übersteigt.

Das sind die wichtigsten Bestimmungen des neuen Gemeinderechtes, die sich auf das Kontrollrecht der Aufsichtsbehörde beziehen. Wie gesagt, sind diese Bestimmungen sehr weitgehend, denn die Selbstverwaltung wird nach Einführung dieses Gesetzes noch eine

theoretische Bedeutung haben,

überhaupt in solchen Gemeinden, wo die Mehrheit der Gemeindevertretung nicht dem Regierungslager angenehm sein wird. Es kommt dann noch auf die

Auslegung des neuen Gemeinderechtes

an und das ist eigentlich das wichtigste. Das Gesetz ist sehr dehnbar und wenn die Aufsichtsbehörde es sich in den Kopf steckt, daß in einer Gemeinde nicht nach ihren Wünschen gewirtschaftet wird, dann wird eigentlich nicht die gewählte Vertretung,

sondern die Aufsichtsbehörde die Gemeinde verwalten.

Durch dieses Gesetz bleibt die Selbstverwaltung nur noch auf dem Papier stehen und jetzt werden wir erst begreifen, warum die Opposition den Sejm verlassen, als die Mehrheit nach ihrem Willen das Gesetz gestützt hat.

Polnisch-Schlesien

Der hübsche Eisenbahndieb

Stanislaus Michalak war ein hübscher Junge. Er hatte eine schöne schwarze „Mähne“, feurige Augen und ein lächelndes Gesicht. Nur Geld hatte er niemals gehabt, aber das ist kein Wunder bei den heutigen Zeiten, denn wir haben auch keins. Während wir ratlos dastehen und Klage führen, wußte sich Stanislaus Michalak zu helfen. Er wurde Eisenbahndieb. Natürlich gehörte der „schöne Stanislaus“ nicht zu den gemeinen Eisenbahndieben, die aus den Güterzügen Leder, Schuhe oder gar die Kohle stehlen, denn das war ihm zuwider. Er hat es auf die Reisenden in den Personen- und Schnellzügen abgesehen. Auch hier pflegte der „schöne Stanislaus“ Unterschiede zu machen, denn er war nicht umsonst schön. Die Passagiere der vierten und dritten Klasse ließ er in Ruhe, denn ihre Groschen konnten ihn nicht glücklich machen. Er „verkehrte“ mit den Zugpassagieren der ersten und zweiten Klasse. Hier hat er es besonders auf die Damen abgesehen, wobei das Alter keine Rolle spielte. Natürlich hat er von den 60jährigen Weibern abgesehen, weil dort keine Herzensregungen mehr möglich waren. 50jährige hat er noch mitgenommen, aber zuerst hat er durch seine feurigen Augen ausprobiert, ob es noch zieht.

Mit einer Fahrkarte zweiter oder gar erster Klasse ausgerüstet, bestieg gewöhnlich der „schöne Stanislaus“ den Zug und hielt Umschau, wo sich Arbeitsgelegenheit bietet. War eine „Flamme“ im Wagen, so stieg er ein, nachdem er sie zuerst einer Musterung unterzog, ob sie nicht zu leicht sei, im Beutel natürlich. Dann gesellte er sich zu ihr, machte eine tiefe Verbeugung und bat um Erlaubnis sich niedersetzen zu können. Stanislaus war nämlich ein gut erzogener Mensch und das gehört zum guten Ton, besonders in Gesellschaft von Damen. Dann ging er bald ans Werk. Er knüpfte ein Gespräch an und bemühte sich liebenswürdig, aber zugleich interessant zu erscheinen. War niemand mehr in dem Raum zugegen, so ging alles glatt vonstatten. Das Gespräch wurde immer lebhafter, bis man sich ein wenig vergaß. Es wurde immer näher gerückt, bis man ganz zusammen war, Herz an Herz. In der Zwischenzeit ließ der „schöne Stanislaus“ seine Finger in Aktion treten. Die wußten schon Bescheid und haben nie versagt. Stanislaus konnte sich auf sie verlassen. Auf der nächsten Station stieg Stanislaus schnell aus und ließ die im Traum verlorene Holde allein zurück. Sie bemerkte zwar später, was geschehen ist, aber sie schwieg. Ja, sie mußte schweigen, um sich nicht zu blamieren, denn sonst würde der Ehemann in Aktion treten und diese sind in solchen Dingen zu ruppig.

So lange der „schöne Stanislaus“ nur das „schöne Geschlecht“ in den Eisenbahnzügen „liebte“, ging die Sache gut und er war seiner Sache sicher. Doch haben sich die Zeiten geändert und das Geschäft ging immer schlechter. Da wollte der „schöne Stanislaus“ sein Betätigungsfeld erweitern, was er auch tat. Er wollte die Männer auch miteinziehen, wenn keine Damen aufzufinden waren. Uebung hat er genug gehabt. Hat er sein Opfer ausgesucht, dann tat er sehr müde, zog die Schuhe aus und legte sich hin und schnarchte. Er schnarchte so lange, bis sein Nachbar eingeschlafen ist. Dann machte sich Stanislaus an die Arbeit, durchsuchte vorsichtig die Taschen des Schlafenden, — die Koffer nicht zu vergessen — und nahm alles, was nur einen Wert repräsentierte, mit. Als die Arbeit beendet war, war auch der „schöne Stanislaus“ verschwunden.

In der vorigen Woche fuhr der „schöne Stanislaus“ in einem Zug von Kattowitz nach Krakau. Er hatte schon Arbeit ausgesucht, denn in derselben Abteilung fuhr ein gewisser Tomaszkiewicz aus Kattowitz. Der Passagier hat auf den Stanislaus wenig geachtet, aber Stanislaus hat ihn genau beobachtet. Schließlich warf Tomaszkiewicz einen Blick auf Stanislaus und erkannte ihn als jenen Dieb, der ihn schon einmal im Zuge ausgeplündert hat. Tomaszkiewicz fuhr sofort aus dem Häuschen. Zuerst griff er nach seiner Geldbörse, aber die war noch da, dann holte er den Schaffner herbei und ließ dem „schönen Stanislaus“ festnehmen, was auch geschah. In Trzebinia wurde der „schöne Stanislaus“ aus dem Zuge in die Polizeiarme ausgeschifft. Die nahm ihn auch sofort auf das Polizeikommissariat mit. Dort angekommen, hatte Stanislaus ein zweites Unglück. Er fand dort einen zweiten Bekannten, der sich auf die Hosen setzte, als er Stanislaus erblickte. Er wurde nämlich von dem „schönen Stanislaus“ seiner Barschaft in einem Zuge beraubt und jetzt hat er den Dieb erwischt. Stanislaus wird es jetzt schwer haben, der Polizei zu entrinnen, denn es hat sich herausgestellt, daß er früher in Warschau „gearbeitet“ hat, wo man auch nach ihm suchte.

Die Wojewodschaftsadministration vor der Budgetkommission

Im Verlauf der Beratungen des Budgetpräliminars der Schlesischen Wojewodschaft behandelte gestern die Kommission die Verwaltungsinstanzen und die Administration, die einen gewichtigen Teil des schlesischen Budgets umfassen. Der Chef des Präsidialbüros Dr. Kostka gab einen umfassenden Ueberblick über die Konzentration und die Durchführung der Verwaltungsreform der letzten Jahre, die einen bedeutsamen Schritt nach vorwärts gemacht haben. So ist es gelungen, weitgehende Ersparnisse durchzuführen und der Verwaltung ein durchaus neuzeitliches Gepräge zu verleihen. Die Ausführungen wurden seitens der Kommission mit großem Interesse aufgenommen, so daß die nachfolgenden Bemerkungen zu diesem Teil des Budgets durch den Abg. Kendzior nur noch Wünsche äußerten, in welcher Richtung nachgeholfen werden sollte. Die Abgeordneten Brelinski und Dr. Hager machten ihrerseits auf verschiedene Mängel aufmerksam, aus denen hervorgehe, daß der Verwaltung doch verschiedene Dinge nachgesagt werden, die auf Parteilichkeit schließen lassen und das zum Teil die Kontrolle doch über den Rahmen der Kompetenzen der Behörden auf Privatinstitute hinausgreifen, wie bei den Sparkassen der Kreise und Kommunen, besonders aber bei der Bestätigung von Beamten der Selbstverwaltung werde durchaus parteiisch verfahren. Dr. Hager führte den Fall des kommissarischen Gemeindevertreters Seher in Swierklaniec an, der von der Bevölkerung als unerwünscht betrachtet wird, aber man läßt es auf Anordnung der Starostei in Tarnowitz nicht zur Neuwahl eines Gemeindevorstehers kommen. Der Abg. Brelinski führt die Nichtbestätigung des Gemeindevorstehers in Koschentin an, der nur den einen Mangel hat, daß er der Korfantypartei angehört und darum nicht als vollgültiger Pole angesehen wird. Mit solcher Parteilichkeit müsse man gerade bei der Verwaltung abrücken, wenn sie sich das Vertrauen der Bevölkerung erhalten soll.

Abg. Dr. Glücksmann griff die Ausführungen der Vorredner auf und verwies darauf, daß das Referat des Präsidialchefs sich sehr gut ausnehme, aber gerade deshalb die Mängel noch nicht beseitigt seien. Aus Erfahrung wisse er, daß mit zweierlei Maß bei den Verwaltungsinstanzen vorgegangen wird. Es wird eben dekretiert und gibt dies als Verwaltungsreform aus, man verfahre eben parteiisch, wenn auch der Apparat glänzend funktioniert. Die Selbstverwaltung wird in jeder Beziehung abgebaut, wie das Vereins- und Versammlungsrecht von der Polizei einseitig gehandhabt werde. Bei der Registrierung von Arbeitslosen in Königshütte z. B. werden die Arbeitslosen nach ihrer Zugehörigkeit zu Organisationen befragt, was wohl nicht ohne durchsichtige Gründe erfolgt. Bei den Versicherungsinstanzen achtet man nicht die, den Arbeitern garantierten, Rechte, läßt nicht wählen, sondern bestimmt einfach die fraglichen Delegierten. Das sieht nicht nach Reform aus, sondern nach Arbeit mit Dekreten. Reformen müssen doch schließlich dem Wohl des Bürgers dienen und darum sei sein Wunsch, daß die Behörden die Bürgerrechte wahren und die Parteilichkeit aufgeben, denn nur dann kann man zur Verwaltung auch Vertrauen haben.

Im Verlauf der weiteren Diskussion wurde der Etatstitel mit geringen Veränderungen angenommen, worauf die Kommission noch einige zurückgestellte Positionen aus anderen Etats bewilligte, unter anderem 10 000 Zloty für die festliche Begehung der 250-Jahrfeier der Anwesenheit des Königs Sobieski in Piekar, 35 000 Zloty für die Landwirtsverbände in Teschen, sowie den Etat der Bestallung der Lehrerschaft in der Wojewodschaft, der über 17 Millionen Zloty umfaßt und vom Abg. Syska referiert wurde.

Der Lohnstreit im Bergbau vor der Entscheidung

Am Freitag wird entschieden werden.

Wir wir bereits gestern berichtet haben, hat der Demo den Lohnstreit im polnischen Bergbau an den Schlichtungsausschuß überwiesen. Der Schlichtungsausschuß tritt am 10. d. Mts. um 10 Uhr vormittags zu einer Sitzung zusammen. Zum Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses wurde der Leiter des höheren Bergamtes, Ingenieur Kossuth, bestimmt. Als Beisitzer sind für die Gewerkschaften die Führer Krol (Polnische Berufsvereinigung), Bocian (Polnischer Klassenkampfverband) und Feliks (Sanacjagewerkschaften) vorgesehen. Von seiten des Arbeitgeberverbandes wurden als Beisitzer die Direktoren: Leonhardt (Radzionkaugrube), Lebiodzik (Giesche-Spolka) und Todtleben (Wiekgrube) berufen. Wie die Beisitzer stimmen werden, das ist wohl für niemanden ein Geheimnis. Die Beisitzer von den Arbeitergewerkschaften werden selbstverständlich jeden Lohnabbau ablehnen und die Herren Direktoren werden einen 15prozentigen Lohnabbau verlangen. Alles hängt hier von dem Vorsitzenden Bergrat Kossuth ab. Den Arbeitergewerkschaften wurde von maßgebender Stelle versprochen, daß die alten Löhne unberührt bleiben und der Lohnvertrag bis zum Jahresschluß verlängert wird. Die Arbeitergewerkschaften haben für den 9. eine gemeinsame Konferenz einberufen, um sich noch einmal über diese Frage zu beraten. Es verlautet, daß der Schlichtungsausschuß sich mit der Vertagung der Entscheidung, die vom Arbeitgeberverband angestrebt wird, überhaupt nicht befassen wird. Die Kapitalisten wollen nämlich mit den Arbeitergewerkschaften am 15. März über Lohnabbau verhandeln und werden ihre Wünsche in dieser Hinsicht präzisieren. Damit werden sie kein Glück haben, denn der Schlichtungsausschuß entscheidet nur über den Lohnabbau.

Der Lohnabbau auf der Wawelgrube zurückgewiesen

Die Verwaltung der Wolfgang-Wawelgrube hat den Arbeitern noch im Oktober v. Js. die Löhne willkürlich gekürzt. Die Löhne im Bergbau sind doch durch den Lohnvertrag geregelt, aber die Verwaltung wollte sich durch die Verträge ganz einfach hinwegsetzen. Die Arbeiter haben gegen den Lohnabbau protestiert, aber die Verwaltung ließ den Protest unbeachtet. Der Lohnabbau betrug 1 bis 2 Zloty pro Schicht. Der Lohnstreit wurde durch die Arbeitergewerkschaften an den Schlichtungsausschuß weitergeleitet und dieser hatte sich mit der Streitfrage befaßt. Der Schlichtungsausschuß hat festgestellt, daß der Lohnabbau auf Wawel-Wolfgang ohne Zustimmung des Betriebsrates und der Belegschaft erfolgt ist. Aus diesem Grunde ist der Lohnabbau im Gesetz unbegründet und die Verwaltung muß den Arbeitern die Differenz nachzahlen. Die Nachzahlung hat vom 1. Oktober 1932 zu erfolgen. Die Arbeiter haben mithin den vollen Erfolg über den willkürlichen Lohnabbau davongetragen.

Das Gesetz über die Direktorengehälter

Seit dem 22. Juni 1932 ist das Gesetz über die hohen Direktorengehälter in Kraft, aber wir haben nicht gehört, daß dieses Gesetz den Abbau der hohen Direktorengehälter bewirkt hat. Angeblich wird dieses Gesetz angewendet, besonders dann, wenn die Löhne vorenthalten werden. Die Sanacjapresse weiß sogar zu berichten, daß dieses Gesetz mit Erfolg angewendet wird. Es wird behauptet, daß eine Bank, die zwar nicht genannt wird, den Angestellten seit einem halben Jahre die Bezüge nicht gezahlt hat. Die Direktorengehälter wurden jedoch pünktlich ausgezahlt. Die Angestellten haben das Arbeitsministerium angerufen und der Arbeitsminister hat die Sache an das Bezirksgericht in Warschau (Handelsabteilung) überwiesen. Das Gericht hat entschieden, daß die Angestelltengehälter von den Direktorengehältern gehen. Die Bank hat die rückständigen Gehälter sofort auszuzahlen. Was wird nun sein, wenn die Bank weiterhin die Gehälter nicht zahlen wird? Wer wird die Bankverwaltung zwingen, die rückständigen Gehälter auszuzahlen? Hier wäre eine hohe Geldstrafe gegen die Bankverwaltung am Platze, denn die Feststellung der Tatsache, daß die Angestelltengehälter vor den Direktorengehältern zu zahlen sind, genügt eben nicht.

Kattowitz und Umgebung

Schwere Einbrüche im Stadtzentrum.

In die Wohnung des Händlers Chain Siekmann auf der ulica Marjacka in Kattowitz wurde zur Nachtzeit ein Einbruch verübt. Die Täter entwendeten eine komplette Küchengarnitur, 1 Dutzend metallene Zigarettenetuis, schwarze Damenhalbschuhe, 2 Herrenmäntel, Bettkissen, Bettdecken, sowie Damenweißwäsche. Der Schaden steht z. Zt. noch nicht fest. — In das Büro der Firma „Gornoslonska Wytwornia Chemiczna" (Oberschlesische Chemische Niederlassung) in Kattowitz drangen in der Nacht zum 5. d. Mts. unbekannte Einbrecher ein. Dort stahlen die Täter verschiedene Artikel, sowie einen Geldbetrag zum Schaden des dortigen Direktors. — Mittels Nachschlüssel drangen unbekannte Täter in das Musikgeschäft des Kaufmann Kwiatkowski auf der ulica 3-go Maja in Kattowitz ein und versuchten von da aus in die Mauer ein größeres Loch zu bohren. Auf diese Weise wollten die Einbrecher in das nebenanliegende Juweliergeschäft J a n o t t a gelangen. Die Täter wurden jedoch bei ihrer weiteren „Arbeit" gestört, da ein Wächter vorüberging. Aus Furcht vor einer Arretierung ergriffen die Einbrecher unverrichteter Sache die Flucht. x.

Deutsche Theatergemeinde. Donnerstag, den 9. März, abends 8 Uhr, Vorkaufsrecht für Abonnenten, zum ersten Male, „Ball im Savoy". Montag, den 13. März, nachmittags 3 Uhr Schülervorstellung zu kleinen Preisen „Hamlet", abends 8 Uhr, 6. Abonnementsvorstellung „Robinson soll nicht sterben". Donnerstag, den 16. März, abends 8 Uhr, auf vielfachen Wunsch „Undine".

Konzert Barnabas v. Geczy. Barnabas v. Geczy, der Meister der modernen Musik, kommt am 20. März mit seinem Orchester nach Kattowitz. Mit ihm ist eine Musikerschar anwesend, von der jeder einzelne ein Künstler ist. „Von Mozart bis zum modernen Schlager", betitelt sich das Programm. Barnabas v. Geczy erfreut sich überall, wo er mit seinen Künstlern hinkommt, außerordentlichen Zuspruchs. Rechtzeitige Kartenbestellung muß daher empfohlen werden. Telefon 16—47.

Sie gab in Kattowitz „Gastrollen". Im Geschäft der Firma Borinski in Kattowitz wurde eine gewisse Bronislawa Dolinski aus Krakau arretiert. Die Festnahme erfolgte in dem Moment, als die Spitzbübin einer Kundin ein Damentäschchen mit einem Geldbetrag, sowie Dokumenten stehlen wollte. Gegen die Täterin wurde gerichtliche Anzeige erstattet. y.

Warnung an die Rundfunkhörer! Der Kattowitzer Magistrat gibt bekannt, daß verschiedene Rundfunkhörer die Leitungen zum Feuermelder als Alschlußantennen für ihre Radioapparate benutzen. Auf solche Weise werden bei Telefon- und Alarmrufen mit der Feuerwehr oft die größten Störungen hervorgerufen, was sich dann bei Feuerausbrüchen schlimm auswirken kann. Im Interesse der allgemeinen Sicherheit richtet der Kattowitzer Magistrat an solche Rundfunkhörer die dringende Mahnung, die Anschlüsse unverzüglich zu lösen. Im Nichtbefolgungsfalle erfolgt strenge Bestrafung. In bestimmten Zeitabständen werden entsprechende Kontrollen durchgeführt. y.

Mageres Ergebnis der letzten Straßensammlung. Am Sonntag fand in den Straßen von Kattowitz eine Sammelaktion, zugunsten der Arbeitslosen und deren Familienangehörigen, statt. Einkassiert wurden diesmal nur 80 Zloty, während bei den anderen Sammlungen durchschnittlich 400 bis 600 Zloty eingenommen wurden. y.

Idaweiche. (I n e i n e r B l u t l a c h e b e w u ß t l o s a u f g e f u n d e n.) Auf der ulica Zalenska wurde ein gewisser Adam Kowalski in einer Blutlache bewußtlos aufgefunden. Mittels Auto der Rettungsbereitschaft wurde der Verletzte nach dem städtischen Spital in Kattowitz überführt. Die bisherigen Feststellungen haben gezeigt, daß Kowalski von einem unbekannten Täter durch mehrere Messerstiche verletzt worden ist. y.

Königshütte und Umgebung

Welche Straßen gehören zu den einzelnen Schulbezirken?

Die verschiedenen Schulbezirke haben eine Abänderung dahin erfahren, daß zum Schulbezirk 7 folgende Straßen gehören: ulica Bytomska von Nr. 30 bis 58 und von 37 bis 68, die ulica Mickiewicza von Nr. 17 bis 43 und von 30 bis 66, ulica Stasika, Juljusza Ligonia ohne die Nr. 11, 12 und 13, ulica Slowackiego, Ogrodowa von Nr. 1 bis 37, ulica Narozna von 16 bis 25 aufwärts, ulica Lukaszczyka von Nr. 17 bis 18 aufwärts, ulica Pudlerska ungerade Zahlen.

Schulbezirk 8 umfaßt die Straßen Bonczyka, Bytomska von Nr. 60 bis 71 aufwärts, ulica Ficka, Grunwaldska, Krotka, Krzyzowa, Lagiewnicka, Julijusza Ligonia nur Nr. 11, 12 und 13, ulica Marjanska, Mickiewicza von Nr. 45 bis 68 aufwärts, ulica Niedurnego, Ogrodowa von 39 aufwärts nur ungerade Zahlen, ulica Pawla, Polna, Pudlerska gerade Zahlen, ulica Josefa, Janasa und Jana.

Schulbezirk 14 umfaßt die Straßen 3-go Maja von Nr. 1 bis 49 und von 2 bis 28, ulica Florjanska, Wonska, Bytomska,

von Nr. 1 bis 35 und von 2 bis 28, ulica Chorzowska, Kalidego, Krakusa, Mickiewicza von Nr. 1 bis 15, und von 2 bis 16, ulica Narozna von 1 bis 23 und von 2 bis 24, ulica Koscielna, Barska, Piotra und Plac Mickiewicza.

Zum Schulbezirk 15 gehört der restliche Teil der Straßen des südlichen Stadtteils.

Der Schulbezirk 13 bleibt unverändert. Die Kinder der Volksschule 14 müssen die neue Schule an der ulica 3-go maja besuchen.

Infolge der Teilung der Volksschulen 5 und 10, in eine Knaben- und Mädchenschule, werden die Mädchen aus den Schulbezirken 5 und 10 die Volksschule 5, die Knaben aus beiden Schulbezirken die Volksschule 10 benutzen. Jedoch gelten beide Volksschulen 5 und 10 als Knabenschulen, die in der Volksschule 10 untergebracht werden. Die Mädchen der Volksschule 5 werden die Volksschule 17 und die der Volksschule 10 der Volksschule 18 angehören. Beide Schulen werden im Schulgebäude 5 an der ulica Dombrowskiego eingerichtet. k.

Verkehrsunfall. An der ulica 3-go Maja geriet die Franziska Pisarek, von der ulica Wandy 42, vor das Auto 9275 und wäre überfahren worden, wenn es dem Chauffeur Anton Perka nicht gelungen wäre, seinen Wagen zur Seite zu schleudern. Dadurch aber fuhr der Chauffeur gegen einen Baum, so daß der Wagen stark beschädigt wurde. Der Schaden beträgt an die 1000 Zloty. Die Schuld an dem Unfall soll die Frau tragen, weil sie auf die Warnungssignale nicht geachtet hat. k.

Feuerausbruch. In einer Kammer des Hausbesitzers Paul Franczko an der ulica Ogrodowa 56 entstand auf bisher noch nicht festgestellte Weise ein Feuer. Die Flammen drohten auf die angrenzenden Wohnräume überzugehen, doch konnte die schnell erschienene städtische Feuerwehr den Brand lokalisieren. Trotzdem wird der angerichtete Schaden auf 150 Zloty geschätzt. k.

Irreführung der Polizei. Am 1. März meldete die Anna Zagrodnik aus Lipine der Polizei, daß zwei maskierte Männer mit Waffen in ihre Wohnung eingedrungen sind und sie zur Herausgabe von 247 Zloty gezwungen haben. Wie die eingeleitete Untersuchung ergeben hat, hat ein solcher Ueberfall nicht stattgefunden. Gegen die Z. wurde Anzeige wegen Irreführung der Polizei erstattet. k.

Unrechtmäßige Exmittierung. Im Hausgrundstück ulica Redena 1, kam es zu einem merkwürdigen Zwischenfall, zwischen dem Hauswirt und der Mieterin Pauline Sch. Regelmäßig hatte die Witwe ihre Miete entrichtet, bis auf die Zeit, wo ihre Tochter aus der Stellung entlassen wurde. Plötzlich erschien ein gewisser Pilz und setzte alle Fenster und Türen in der Wohnung der Witwe heraus. Erst auf die polizeiliche Intervention wurde dem unerlaubten Treiben ein Ende gemacht. k.

Jugend von heute. In der Wohnung des P. erschien der 18 Jahre alte Erwin Sz. und versuchte, sich an seiner 14jährigen Schwester zu vergehen. Auf die Hilferufe des Mädchens eilten Hausnachbarn hinzu, worauf der Frechdachs sich entfernte. Bei der Polizei wurde Anzeige erstattet. k.

Folgenschwere Schlägerei. Der Walter Budny aus Friedenshütte hatte sich am Hl. Abend v. Js. der Körperverletzung an einem Beamten der Polizei schuldig gemacht. In einem Lokal in Friedenshütte entstand eine Schlägerei. Die benachrichtigte Polizei brachte die Ruhestörer auf die Straße. Plötzlich gesellte sich B. hinzu und versetzte dem Beamten Wilczek zwei Gesichtsschläge. In der Verhandlung vor der Strafkammer in Königshütte behauptete der Angeklagte, daß er von dem Beamten geschlagen wurde und er sich nur zur Wehr gesetzt hat. Die Aussagen der Zeugen ergaben aber das Gegenteil, daß das Gericht auf eine Gefängnisstrafe von sieben Monaten als Bestrafung für ausreichend hielt. Bewährungsfrist von fünf Jahren wurde ihm zugebilligt. k.

Sechs Monate Gefängnis für Kohlendiebstahl. Am 11. November v. Js. bemerkte ein Eisenbahner in Birkenhain auf einem Kohlenzug mehrere Leute, die Kohlen entwenden wollten. Als die Diebe den Beamten sahen, sprangen sie vom Waggon und bewarfen ihn mit Steinen. Einer von den Tätern Hipolin Hattko wurde erkannt und dem Gericht übergeben. Obwohl der Angeklagte jegliche Schuld bestritten hat, wurde er durch Zeugenaussagen überführt und zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Weil er noch unbestraft ist, wurde ihm eine Bewährungsfrist von fünf Jahren zugebilligt. k.

Königshütter Straßen und Wege. Die Stadt Königshütte besitzt 46,5 Kilometer Straßen, wovon nur 14,5 Kilometer mit Granitsteinen gepflastert sind. 22,8 Kilometer sind chaussiert, 8,5 Kilometer sind Feldstraßen oder Wege. Die Beschaffenheit der Straßen ist im allgemeinen schlecht. Besonders schlecht bestellt ist es um die Straßen und Wege in den Außenbezirken. Da es infolge der schlechten Finanzlage der Stadt in diesem Jahre nicht möglich sein wird, nennenswerte Straßenpflasterungen auszuführen, wäre es Pflicht der Wojewodschaft, der Stadt helfend unter die Arme zu greifen und dementsprechende Geldmittel zur Verfügung zu stellen. k.

Chorzow. (W a s k o m m t z u r B e r a t u n g ?) Am Freitag, den 10. März, nachmittags um 5 Uhr, treten die Chorzower Gemeindevertreter in diesem Jahre zum ersten Male zu einer Gemeindevertretersitzung zusammen. Außer der Tagesordnung, die 10 Punkte umfaßt, kommt auch das Budget für 1933-34 zur Beratung. Das Budget weist in seinen Einnahmen und Ausgaben 552 000 Zloty auf, also 53 000 Zloty weniger, als im Vorjahre.

Siemianowitz

Unfall durch Glätte. Am Bahnübergang in Siemianowitz stürzte dieser Tage der Oberhäuer Feist von Richterschacht infolge Glatteis und zog sich dabei einen Arm- und Schlüsselbeinbruch zu. Der Verletzte wurde ins Knappschaftslazarett aufgenommen. o.

Im Bieloschacht verschüttet wurde beim Kohlefördern auf dem Gelände in der Nähe der Schellerhütte der Arbeitslose Pluta aus Siemianowitz. Der Verunglückte erlitt einen doppelten Beinbruch sowie ernste innere Verletzungen und mußte ins Lazarett transportiert werden. o.

Myslowitz

Mit dem Hafenbau wird endgültig begonnen.

Der Plan des Hafenbaues ist bereits soweit vorgeschritten, daß im kommenden Monat mit der Regulierung der Przemsa begonnen wird. Die Regulierung der Przemsa wird von Radocha bis nach Slupna durchgeführt. Was den Kanal anbetrifft, so wird dieser 60 Meter breit sein. Letzterer wird zwei Bassins zu 60 Meter breit fassen, von denen eines für Verkehr und Handel, das andere für die Kohlenbeförderung eingerichtet wird. Dieser Hafen kommt gegenüber Slupna zu liegen, während der nördliche Hafen hinter dem Schloßgarten ausgebaut wird. Beide Hafen werden mehrere hundert Meter lang sein und eine Tiefe von 3 Metern haben. Das sind die Ausführungen, die auf dem Modrzejower Terrain zu liegen kommen. Auf dem Myslowitzer Gebiet soll am Hafen eine Kleinbahnhofstation eingerichtet werden, die mit verschiedenen oberschlesischen Gruben durch Gleisanschluß verbunden sein wird. Die Gesamtladefäche des Hafens beträgt 55 Hkr. Die Leistungsfähigkeit des Hafens wird imstande sein, jährlich 3 Millionen Tonnen zu verladen. Zuerst wird der südliche Teil des Hafens in Angriff genommen, zu dem annähernd 6000 Arbeitslose benötigt werden. Selbstverständlich erfährt das Aussehen der Przemsa eine bedeutende Veränderung. Da für den Hafen eine große Menge Steine gebraucht werden, hat man bei Janow einen größeren Steinbruch angelegt und eine größere Anzahl hiesiger Arbeitsloser werden Beschäftigung finden. Wie man ersieht, ist der Plan des Hafenbaues fachmännisch durchgedacht und ausgearbeitet worden.

Der Bau des Hafens wird hauptsächlich für Myslowitz und Umgebung zur weiteren Entwicklung beitragen und dadurch den Handel der Stadt wesentlich fördern. Der Transport von Kohle und sonstiger Industrieerzeugnisse erfährt auf dem Wasserwege eine bedeutende Ermäßigung und auch Sporttreibenden und Ausflüglern wird durch diese neue Errungenschaft Gelegenheit gegeben, weite Fahrten, die mit einem geringeren Kostenaufwand verbunden sind, als mit der Bahn, zu unternehmen. Es wird der Industrie nahe gelegt dazu beizutragen, daß die unreinen Gewässer, wie sie heute die Przemsa noch aufnimmt, durch eine Kläranlage leiten zu lassen, um dem Hafen nicht allen Unrat zuzuführen, was eine Verschlemmung hervorruft. Es ist nur zu begrüßen, daß mit Beginn des Baues hauptsächlich eine große Anzahl Myslowitzer Arbeitsloser Beschäftigung finden. —ek.

Ein rabiater Vater. In den gestrigen Abendstunden züchtigte am Myslowitzer Ring ein, dortselbst wohnhafter, Kellner sein 4jähriges Kind in so brutaler Weise, daß er diesem den rechten Arm ausgerenkt hatte. Einige junge Leute, die dieses brutale Vorgehen des Vaters sahen, stürzten über diesen her und verabfolgten ihm eine gehörige Tracht Prügel, an die er lange Zeit denken wird. Es gelang dem Rabenvater mit Mühe, aus den Händen der erregten Menge zu entkommen, da ihn diese sonst gelyncht hätte. —ek.

Die Unsicherheit bei Bagno. Infolge der Finsternis, die an der Halde bei Bagno herrscht, sind wiederholt Ueberfälle, sowie Belästigungen der Passanten vorgekommen. Hauptsächlich sind es junge Burschen, die im betrunkenen Zustande sogar gewalttätig gegen die Vorübergehenden werden. Es wäre angebracht, daß die Behörden für eine genügende Beleuchtung dieser gefährlichen Ecke sorgen und auch Polizenpatrouillen diese Gegend durchstreifen. —ek.

Schoppinitz. (E i n 6 j ä h r i g e s K i n d v o m A u t o ü b e r f a h r e n.) Das 6jährige Kind Chrabka aus Schoppinitz, wurde, als es die Warschauerstraße überqueren wollte, von einem Personenauto, das aus der Richtung Kattowitz kam, erfaßt und überfahren. Das Kind erlitt hierbei erhebliche Kopfverletzungen und mußte in das Lazarett geschafft werden. Eine Lebensgefahr ist jedoch nicht zu befürchten. Die Schuldfrage konnte bis zur Zeit nicht geklärt werden. —ek.

Schoppinitz. (U e b e r 5 Z e n t n e r F l e i s c h g e s t o h l e n.) In Schoppinitz wurde der Fleischermeister Knappik durch einen größeren Diebstahl geschädigt. 5½ Zentner Schweinefleisch wurde diesem aus der Werkstatt von unbekannten Tätern gestohlen. —ek.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Bismarckhütte. (A r b e i t s l o s e n a n g e f a l l e n u n d v e r p r ü g e l t.) In der Hauseinfahrt 138 der ulica Krakowska in Bismarckhütte wurde der Arbeitslose Minster von den Brüdern Kurt und Erich B. angefallen und am Kopf durch mehrere wuchtige Schläge arg verletzt. Nach Erteilung der ersten ärztlichen Hilfe wurde der Verletzte nach dem Spital in Königshütte überführt. x.

Friedenshütte. (S e i n e n B r u d e r d u r c h m e h r e r e M e s s e r s t i c h e v e r l e t z t.) Auf der ulica Niedurnego kam es zwischen den Brüdern Paul und Franz Burdzik zu Meinungsverschiedenheiten, welche in Tätlichkeiten ausarteten. Im Verlauf der Streitigkeiten ergriff Paul Burdzik ein Messer und versetzte damit seinem Bruder Franz mehrere Messerstiche. Der Verletzte wurde in das Krankenhaus in Friedenshütte geschafft, wo er sich in ärztlicher Behandlung befindet. x.

Pleß und Umgebung

Imielin. (F e u e r.) Am Bodenraum der Stallungen des Klemens Stolarski in Imielin brach Feuer aus, durch welches das Dach sowie verschiedene Wintervorräte vernichtet wurden. Der Brandschaden beträgt 3000 Zloty. Die Brandursache steht zurzeit nicht fest. x.

Petrowitz. (U n g l ü c k s f a l l i n e i n e m w i l d e n S c h a c h t.) Der 24jährige Franz Kandzior versuchte, in einem 14 Meter tiefen wilden Schacht nach Kohlen zu buddeln. Durch Unvorsichtigkeit kam der junge Mann zu Fall und erlitt erhebliche Verletzungen am Kopf. Der Verunglückte konnte in kurzer Zeit geborgen und in das nächste Spital geschafft werden. x.

Tarnowitz und Umgebung

10 Hühner gestohlen. In der Nacht zum 4. März wurden aus den Stallungen des Thomas Dylong und des Alois Szej in Alt-Tarnowitz zusammen 10 Hühner gestohlen. In diesem Zusammenhang wurde ein gewisser Anton Zawada aus der Ortschaft Cynkow, Kreis Czenstochau, arretiert. Weitere Untersuchungen sind im Gange. Inzwischen wurde auch der Hehler ermittelt. x.

Bielitz, Biala und Umgegend

Abg. Dr. S. Glücksmann

Verstrickt im Netz der eigenen Demagogie

In Schlesien müssen die bürgerlichen Parteien ein arbeiterfreundliches Gesicht zur Schau tragen. Das Land hat eine überwiegende Arbeitermehrheit. Dieser Umstand diktiert, so lange noch ein Schein der Demokratie übrigbleibt.

Hie und da wird den Arbeitern ein materieller Brocken, hie und da ein „warmes“ Wort hingeworfen. Was hier den Arbeitern geboten wird, sind unzulängliche Palliativmittel, Phrasen und Gesten, — alles mit einem und demselben Zwecke, sich den Schein einer arbeiterfreundlichen Politik zu verleihen. Dieser Mentalität verdanken wir, daß im Schlesischen Sejm wie aus einem Füllhorn sich Anträge schütten, von denen ein jeder den Eindruck erwecken will, daß seine Annahme eine radikale Besserung des Arbeiterschicksals herbeiführen wird.

In diese Gruppe glückbringender Anträge ist auch jener einzugliedern, in welchem die Sanatoren verlangten, daß

Gehälter über 2000 Zloty monatlich derart besteuert werden, daß die Besteuerung einer Konfiskation gleichkommt.

Ein gerechter, begründeter Antrag. Er erinnert lebhaft an das sozialistische Gesetzprojekt, in welchem die

Einführung einer Krisensteuer

beantragt wurde. Einkommen über 14 000 Zloty im Jahre sollten auf Grund dieses Gesetzes zu gunsten des Krisenfonds besteuert werden. Der sanatorische Antrag — sagen wir das offen und aufrichtig — ging noch weiter. Er war noch radikaler. Er hat doch sogar **die Enteignung, allerdings der über 2000 Zloty monatlich betragender Gehälter, aber immerhin eine Enteignung gefordert.**

Die Enteignung des Privatkapitals, in erster Reihe der Produktionsmittel, zugunsten der ganzen Gesellschaft, ist eine sozialistische Programmforderung. Der sanatorische Antrag, begleitet mit starkem, agitatorischen Posaunenschlag, damit ihn die Arbeiter Schlesiens hören, beinhaltet zwar nur eine teilweise Enteignung, aber mußte als der erste Schritt auf diesem Wege gehörig gewertet werden, wenn — — —

Wenn — — — er nicht reine, demagogische Agitation bezweckt hätte — — — Gestellt und begründet wurde dieser Antrag im Dezember vorigen Jahres. Zur Behandlung gelangte dieser Antrag in der Sozialkommission erst im März dieses Jahres. In der Sitzung dieser Kommission blies der sanatorische Abgeordnete Fesser zum Rückzug. Er meinte, dieser Antrag sei inzwischen inaktuell geworden, da im Warschauer Sejm **ein Gesetz, betreffend den Arbeitslosenfonds beschlossen wurde.** Abg. Fesser wälzte die Schuld auf den Vorsitzenden der Sozialkommission, Abg. Frank ab, daß er mit einiger Verspätung die Sitzung der Sozialkommission einberufen habe. Tatsächlich kann dem Abgeordneten Frank der Vorwurf nicht erspart werden, daß er — in Anbetracht der katastrophalen Lage der Arbeiterschaft Schlesiens — nicht öfterer, nicht früher einberufen hat. Aber — — sollte deswegen der sanatorische Antrag inaktuell geworden sein?

Ist denn im Arbeitslosenfondsgesetz der sanatorische Antrag verwirklicht? Das Arbeitsfondsgesetz ist ein typisches Gesetz, belastet mit allen krankhaften Merkmalen der „Neuzeit“. 106 Millionen soll diese Steuer geben und sollen sie für öffentliche Arbeiten verwendet werden. Ein Bruchteil dieser Summe soll der schlesischen Wojewodschaft zufallen. In der Budgetkommission wurde uns schon die erste Rate in der Höhe von 4 Millionen Zloty verkündet. Die Wojewodschaft gibt einen Zuschuß in der Höhe von 2 000 000 Zloty. Für diesen Betrag sollen Arbeiten organisiert werden, bei **denen 9000 Arbeitslose durch 5 Monate Beschäftigung** mit einem Tageslohn von 2½ Zloty finden werden.

An und für sich löst dieser „Arbeitsplan“ hunderte Bedenken aus. In erster Reihe: Wieviel Arbeitslose gibt es in Schlesien? — Auf meine diesbezügliche Anfrage antwortete der Vertreter des Wojewodschaftsamtes:

Keinesfalls mehr als 140 000 Arbeitslose!

Angenommen, daß es deren 139 000 gibt — 9000 erhalten Beschäftigung. Was soll mit den übrigen 130 000 Arbeitslosen geschehen? — Nr. 2: Der Tageslohn soll 2½ Zloty betragen! Das ist Lohndruck in kapitalistischer Reinkultur. Ein verhängnisvolles Signal für weiteren Lohndruck. Die Privatindustrie wartet nur auf ein solches Signal. Wenn der Staat oder die Wojewodschaft als Lohndrücker auftreten, darf es wundernehmen, daß Industrie und Handel diesem „Musterbeispiel“ folgen?

Was aber die Hauptsache, ist die Frage: Woher der Arbeitsfonds seine Gelder schöpfen wird, etwa von den Hochbegüterten? Indssen gewärtigen wir das Gegenteil. Alle Arbeitenden, von den höchst- bis zu den niedrigstbelohnten, sollen beitragen. Sogar jene Pensionisten, Rentner und jene Arbeiter, die kaum 50 Zloty im Monat beziehen, sollen ½ Prozent ihres ohnehin kargen Einkommens hergeben.

Mit anderen Worten, es wird eine Hilfe für die Arbeitslosen **auf Kosten der Arbeitenden,** darunter der niedrigst belohnten, geplant. Von einer Enteignung hoher Einkommen ist hier nicht die geringste Spur! Warum sollte der sanatorische Antrag inaktuell geworden sein?

Im Gegenteil. Nach wie vor ist er sehr aktuell. Es ist aufreizend, unmoralisch, daß in der Zeit katastrophaler Not auserwählte Männer Zehntausende Zloty monatlich an Gehältern, Remunerationen oder Provisionen erhalten.

Der sanatorische Antrag hat nichts an Aktualität und sozialer Bedeutung eingebüßt. Wenn sie trotzdem zum Rückzug blasen, so ist es ein klarer Beweis, daß ihnen von „höherer Stelle“ abgewinkt wurde. —

Den sanatorischen Drahtziehern scheint dieser Antrag bolschewistisch zu sein. Sie winken ab. Und der Sanacjaklub im Schlesischen Sejm ist gehorsam. Er hat das Recht, Demagogie zu treiben, aber einen Schaden darf er den Günstlingen des Regimes nicht anrichten. Ueber höheren Befehl wird er seinen Antrag zurückziehen, damit aber beweisen, daß wir recht hatten, als wir ihm den Vorwurf machten, sie meinten es mit dem Antrage gar nicht ernst und daß sie mit diesem nur demagogische Agitation betreiben.

Bielitz und Umgebung

Goethefeier im Stadttheater. Sonntag, den 12 März Vortragsabend Dr. Ludwig Wüllner. Das Goethejahr neigt seinem Ende zu und die Direktion will es nicht unterlassen der Ehrung des Dichterfürsten einen besonders würdigen Rahmen zu geben. Kein Geringerer als Doktor Ludwig Wüllner, der Altmeister deutscher Vortragskunst wurde für diese Feierstunde zu Gast gebeten. Doktor Wüllner ist unbestritten die überragendste Gestalt in der Gilde anerkannter Vortragsmeister. Von ehrfurchtgebietender Erscheinung, zwingt er, wenn seine Stimme, die an edelste Musik gemahnt, ertönt, in seinen Bann. Seinem Sprechen lauschen ist Andacht, erhebender Genuß. Es gab im vergangenen Jahr kaum eine beachtenswerte Goethefeier, an der Doktor Wüllner nicht als Allerprominentester mitgewirkt hätte. Wir müssen es uns daher zur besonderen Ehre anrechnen, daß er kommenden Sonntag den Weg zu uns findet. Namentlich die Jugend, die vorgibt auch auf dem Gebiet des Schöngeistigen noch begeisterungsfähig zu sein, darf an diesem Abend nicht fehlen. Doktor Wüllners Vortragsfolge umfaßt Lyrik, Balladen und Szenen aus Faust 1. Teil. Er bringt dasselbe Programm, das er gelegentlich der großen offiziellen Goethefeier in Weimar gesprochen hat. Um allen Schichten der Bevölkerung den Besuch des erlesenen Abends zu ermöglichen, wurden die Logen, Orchester- und vorderen Parkettreihen stark im Preis ermäßigt. Außerdem wird den Abonnenten gegen Vorweisung der Abonnementskarte eine Ermäßigung von 10 Prozent gewährt. Für die Abonnenten aller drei Serien findet der Vorverkauf Donnerstag, den 9. März statt. Freitaag, den 10. März, um 10 Uhr vorm., beginnt der allgemeine Verkauf.

Aus der Theaterkanzlei. Die letzte Nachmittagsvorstellung von „Im weißen Rößl“, war nahezu ausverkauft. Nachdem die Nachfrage weiterhin ungeheuer ist, findet Sonntag, den 12. März, nachm. um 4 Uhr, eine nochmalige Wiederholung von „Im weißen Rößl“ statt. Der Vorverkauf beginnt Freitag um 10 Uhr vorm.

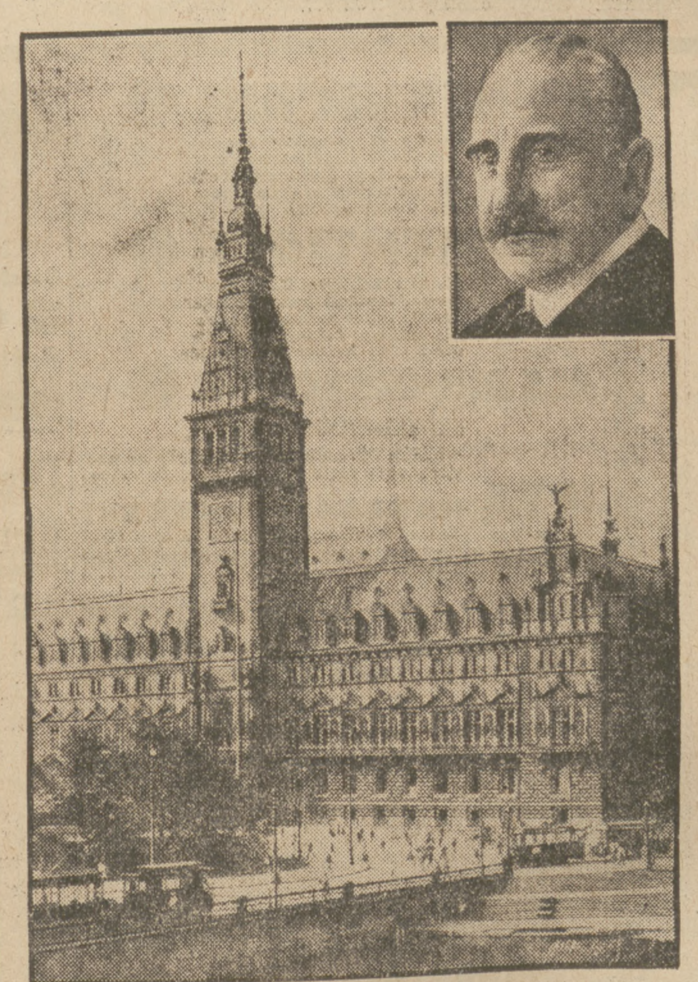
Unglücklicher Sturz. Am Dienstag, den 77. d. Mts. stürzte um 11 Uhr vorm. eine gewisse Frau Cäcilie Laksberger, 49 Jahre alt, auf den Stiegen des Hauses „Tivoli“ in der Mühlgasse so unglücklich, daß sie hierbei eine klaffende Kopfwunde erlitt. Die Rettungsgesellschaft überführte sie in das Bielitzer Spital.

Seinen Verletzungen erlegen. In selbstmörderischer Absicht schoß sich der 32 Jahre alte Josef Karzmarzik aus Wilkowice Nr. 318 am Montag abends eine Kugel in den Kopf, wodurch er sich eine schwere Verletzung zuzog. Die sogleich verständigte Rettungsgesellschaft überführte den Lebensmüden in das Bialaer Spital, wo er infolge seiner schweren Verletzungen bald darauf gestorben ist. Die Ursache zu dieser Tat ist nicht bekannt.

Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum 6. d. Mts. drangen unbekannte Täter durch Eindrücken einer Fensterscheibe in die Wohnung des Alois Walloschek in Drahomysl ein, woraus sie Kleidungsstücke, Schuhe, eine silberne Uhr im Gesamtwerte von 500 Zloty stahlen. Die Polizei ist dem Einbrecher auf der Spur. — In der Nacht zum 6. d. Mts. drangen unbekannte Täter in das Tuchwarenlager der Firma Josef Rappaport in Bielitz durch Erbrechen der Tür ein. Die Einbrecher machten sich gleich an die feuersichere Kasse, indem sie eine Seitenwand aufschnitten. Die Mühen der Einbrecher waren aber umsonst, denn die eiserne Kasse war zur kritischen Zeit vollkommen leer. Der Schaden, den die Einbrecher verursachten, beträgt gegen 200 Zloty. Die Einbrecher arbeiteten in Handschuhen, damit sie keine Fingerabdrücke hinterlassen, woraus zu schließen ist, daß dies Berufseinbrecher waren. Die Einbrecher verschwanden, ohne daß sie weiteren Schaden anrichteten, in unbekannter Richtung.

Bahnfrevel. Am 3. März d. Js. bemühte sich ein unbekannter Täter die Signaldrähte bei der Bahn auf der Strecke Dziedzitz—Goczalkowic durch Anbinden an ihrer Funktion zu hindern. Da dies auf dem Terrain geschah, welches dem Dziedzitzer Polizeiposten zur Ueberwachung unterstellt ist, wird angenommen, daß durch diesen Frevel dem Polizeiposten Ungelegenheiten bereitet werden sollten. Durch diese Störung wäre das Ausfahrtssignal für den um 14,37 Uhr nach Goczalkowic fahrenden Zuges in der Funktion gehindert worden. Zum Glück ist infolge dieses Frevels kein Schaden und auch kein Unglück entstanden. Die Polizei fahndet nach den Frevlern.

Ober-Kurzwald. (Kommunales.) Bericht über die am 27. Februar 1933 stattgefundene Gemeindeausschußsitzung: Nach Begrüßung und Eröffnung derselben durch H. Gemeindev. Scharek, wurde das letzte Protokoll verlesen und genehmigt. Der Vorsitzende H. Gemeindev. Scharek berichtet über den festgesetzten Zins, für die im Lehrerhause befindliche Gemeindekanzlei, welcher monatlich 7 Zloty beträgt und vom Ausschuß zur Kenntnis genommen wird. Als nächster Punkt der Tagesordnung, wird vom Vorsitzenden ein Gesuch vom Besitzer Joh. Fuchs Nr. 20 und Georg Fuchs Nr. 21 verlesen, welche um die Erlaubnis zur Abholzung der am Gemeindegrund neben ihrer Wirtschaft stehenden Bäume ersuchen. Es wird ein dreigliedriges Komitee gewählt, welches die Besichtigung und Abschätzung des Holzes an Ort und Stelle vornehmen soll. Ferner wurde beschlossen mit der Aufnahme einer Anleihe zur Deckung der Gemeindeschulden noch vorläufig abzuwarten. Dem Gesuch des H. Joh. Machalitza um Erniedrigung des Pachtzinses für das im Gemeindegasthaus als Werkstatt gepachteten Lokals, wurde dahin erledigt, daß der Pachtzins von 15 Zloty auf 10 Zloty monatlich erniedrigt wurde. Zum Punkt, Sammlung von Barmitteln zum Bau polnischer Schulen im Auslande, wurde nach längerer Debatte beschlossen, auch einen Betrag von 15 Zloty aus der Gemeindekasse zu spenden und selben dem für diesen Zweck im Orte befindlichen Komitee demnächst zu übergeben. In die Sanitätskommission für dieses Jahr, wurden folgende Ausschußmitglieder gewählt: H. Gemeinderat Danel Josef, Ausschußmitgl. Mikla Andr. und Gen. Zender Mich. Nr. 59, welche sich demnächst in die Wohnung des Joh. Jenkner Nr. 64 zu begeben hat, um die dort befindlichen sanitären Mißstände beseitigen zu lassen. Laut Zuschrift der Bezirkshauptmannschaft, sind sämtliche Gemeindestraßen zu benennen, Richtung und Länge anzugeben. Der H. Gemeindev. Scharek ließ eine Skizze der Gemeindestraßen anfertigen und wurden auch die Längenmaße eingetragen. Die Gemeinde Ober-Kurzwald hat 24 Kilometer Gemeindestraßen und zirka 7 Kilometer Bezirksstraßen. Die in Kamitz wohnhafte und nach Kurzwald zuständige Marie Podlesny (geb. 1859) hat ein Gesuch eingereicht um Gewährung einer Armenunterstützung. Selber wurde eine solche von 4 Zloty monatlich ab 1. Januar 1933 zuerkannt. Unter Allfälligem wurde über die Ortsarme Burjan verhandelt. Unter anderem brachte der Vorsitzende H. Scharek zwei an den Gemeindevorstand gerichteten Briefe zur Verlesung und dem Gemeindeausschuß zur Kenntnis. Der erste war ein anonymer und der Inhalt desselben vollkommen gerechtfertigt, da in demselben verlangt wurde, daß mit dem Steuerexekutor nur unbescholtene Leute zu gehen hätten und nicht, solche wie sie letzthin gegangen sind. Der zweite Brief enthielt eine Beschwerde gegen den gewesenen Gemeindesekretär H. Paul Scharek eingereicht durch Gen. Heß Andr. Nr. 106. Nachher Schluß der Sitzung um 11 Uhr nachts.



Hamburger Rathaus von S. A. besetzt

Das Hamburger Rathaus, das unter Führung des neuernannten Polizeiherrn Richter von S. A. besetzt worden ist. Oben rechts: Dr. Petersen, der Präsident des Hamburger Senats, der im Zusammenhang mit den Vorgängen von seinem Posten zurückgetreten ist.

„Wo die Pflicht ruft!“

Achtung, Genossen und Genossinnen!

Aus Anlaß des 50. Todestages von Karl Marx veranstaltet die D. S. A. P. des Bielitzer Bezirkes am Sonntag, den 12. März 1933, um 10 Uhr vormittags, im großen Saale des Arbeiterheimes eine

Marxfeier

mit abwechslungsreichem Programm, unter Mitwirkung aller Kulturvereine des hiesigen Bezirkes.

Programm:

1. „Internationale“ (Mandolinenorchester).
2. „Ein Sohn des Volkes“ (Männerchor) Gau d. A. G. V. Bielitz).
3. „Empor schlug die Welle“ (Rezitation).
4. Festrede.
5. „Im Morgenrot“ (Gem. Chor. Gau. d. A. G. V.),

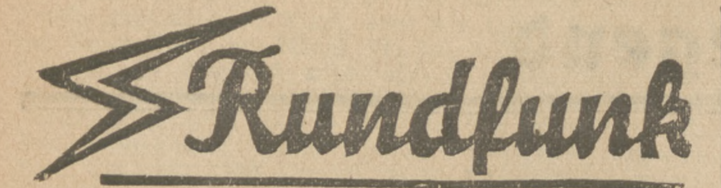
Pause.

6. Vorlesung.
7. „Prolet“ (Sprech- und Bewegungschor).
8. „Sozialistenmarsch“ (Gem. Chor).
9. Rezitationen.
10. „Internationale“ (Männerchor).

Parteigenossen und -Genossinnen, erscheint massenhaft!

Achtung Arbeitersänger! Freitag, den 10. März, um ½6 Uhr abends, findet im Arbeiterheim die Generalprobe für die Marxfeier statt. Als erster probt der Gemischte Chor, anschließend der Männerchor. Alle Mitglieder werden ersucht vollzählig zu erscheinen. Die Gauleitung

Alexanderfeld. Am Samstag, den 11. März d. Js. findet um 7 Uhr abends im Vereinslokal eine Vorstandssitzung des Vereins Arbeiterheim für Alexanderfeld und Umgebung statt. Vorstandsmitglieder erscheint alle!



Kattowitz und Warschau.

Gleichbleibendes Werktagsprogramm

11,58 Zeitzeichen, Glockengeläut; 12,05 Programmansage; 12,10 Presserundschau; 12,20 Schallplattenkonzert; 12,40 Wetter; 12,45 Schallplattenkonzert; 14,00 Wirtschaftsnachrichten; 14,10 Pause; 15,00 Wirtschaftsnachrichten.

Donnerstag, den 9. März.

15,25: Mitteilungen. 15,50: Schallplatten. 16,25: Französisch. 17: Mandolinenkonzert. 17,40: Aktueller Vortrag. 18: Polnische Literatur. 18,25: Leichte Musik. 19: Sportplauderei. 19,15: Mitteilungen und Schallplatten. 19,30: Vorlesung. 20: Der Ukrainische Nationalchor singt. 20,50: Nachrichten. 20,55: Leichte Musik. 23: Tanzmusik.

Breslau und Gleiwitz.

Gleichbleibendes Werktagsprogramm

6,20 Morgenkonzert; 8,15 Wetter, Zeit, Wasserstand, Presse; 13,05 Wetter, anschließend 1. Mittagskonzert; 13,45 Zeit, Wetter, Presse, Börse; 14,05 2. Mittagskonzert; 14,45 Werbedienst mit Schallplatten; 15,10 Erster landwirtschaftlicher Preisbericht, Börse, Presse.

Donnerstag, den 9. März.

9,10: Schulfunk. 10,10: Schulfunk. 11,30: Die Bewirtschaftung von Wildgewässern. 11,50: Konzert. 15,40: Vorschläge für Spätwinterfahrten. 15,50: Schlesische Zeitschriften. 16,15: Kinderstunde. 16,45: Konzert. 17,30: Cello-Konzert. 18: Gehören Dissonanzen zur modernen Musik? 18,20: Der Zeitdienst berichtet. 18,35: Die Betriebsratswahl 1933. 19: Kunst lernen und lehren. 19,30: Konzert. 20,20: Tanz-Abend. 22: Wetter, Nachrichten, Sport. 22,30: Zehn Minuten Arbeiter-Esperanto. 22,45: Aus dem nördlichen Eismeer.

Versammlungskalender

D. S. A. P.

Rosdzin-Schoppinitz. Am Sonntag, den 12. März, vormittags um 10 Uhr, findet im bekannten Lokal die fällige Mitgliederversammlung statt. Referent: Genosse Matzke.

Achtung, Marx-Gedenkfeier!

Kattowitz. Am Sonntag, den 12. März, abends um 6½ Uhr, findet im Saal des Hospiz eine Karl Marx-Feier des Bundes für Arbeiterbildung, der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei und der Freien Gewerkschaften statt. Eintritt nur gegen Karten, die im Parteibüro, Zimmer 23, Zentralhotel und bei den Funktionären der Freien Gewerkschaften erhältlich sind.

Königshütte. Am Sonntag, den 12. März, abends um 7 Uhr, findet im Saal des Volkshauses, gemeinsam mit Partei und Gewerkschaften, eine Feier zum Gedächtnis von Karl Marx statt. Zahlreiche Beteiligung auch der auswärtigen Gruppen ist erwünscht. Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintritt von 30 Groschen erhoben. Festredner: Genosse Kowoll.

Arbeiterwohlfahrt.

Kattowitz. Am Donnerstag, den 16. März, nachmittags um 4½ Uhr, findet im Saal des Zentralhotels eine wichtige Frauenversammlung statt. Mitgliedsbuch ist mitzubringen. Anschließend rezitiert Genosse Erich Groll.

Arbeiter-Sängerbund.

Der Chorführerkursus tagt erst am Sonntag, den 12. d. Mts., am gewohnten Ort.

Wochenplan der S. J. P. Katowice.

Mittwoch, den 8. März: Monatsversammlung.
Donnerstag, den 9. März: Diskussionsabend.
Freitag, den 10. März: Singabend.
Sonnabend, den 11. März: Sprechchorprobe.
Sonntag, den 12. März: Marx-Feier.



Das erste Bild vom Bankensturm in U.S.A.

Die Bevölkerung von Salt Lake City (Staat Utah) bei dem Sturm auf die Städtische Sparkasse, die ihre Schalter geschlossen hatte. Die erregte Menge konnte nur mit Tränengasbomben zerstreut werden. — Die schwere Bankenkrise, in der sich die Vereinigten Staaten befinden, hat zu einschneidenden Maßnahmen geführt. Zuerst mußten einzelne Staaten ihre Banken schließen und ein Moratorium erklären. Jetzt hat der neue Präsident Roosevelt für das gesamte Gebiet der U. S. A. ein Banken-Moratorium erklärt.

Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, Geschäftsstelle Königshütte.

Am Sonntag, den 12. März d. Js., vorm. 9,30 Uhr, findet im Volkshaus Krol.-Huta unsere diesjährige

Jahres-Revier-Konferenz

statt.

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Ehrung der Jubilare.
2. a) Jahresbericht (Kam. Nietsch), b) Kassenbericht (Kam. Nietsch), c) Revisionsbericht (Kam. Wrozyna).
3. Freie Aussprache.
4. Die wirtschaftliche Lage (Kam. Herrmann).
5. Wahl der Beisitzer der Geschäftsstelle.
6. Beratung der Anträge zur Verbandsgeneralversammlung und Aufstellung der Delegierten.

Alle Zahlstellen sind verpflichtet, entsprechend § 42 Ziff. 3 unseres Verbandsstatutes Delegierte zu entsenden. Zahlstellen bis zu 50 Mitglieder entsenden 1, solche über 50, hingegen 2 Delegierte. Außerdem nehmen an der Konferenz sämtliche Betriebsräte unseres Verbandes teil.

Wochenprogramm der D. S. J. P. Königshütte.

Mittwoch, den 8. März: Vortrag B. f. A.
Donnerstag, den 9. März: Sprechchor-Bühnenprobe.
Freitag, den 10. März: Heimabend.
Sonnabend, den 11. März: Generalprobe.
Sonntag, den 12. März: Karl Marx-Gedächtnisfeier.

Kattowitz. (Arbeiter-Schachverein.) Das diesjährige Qualifikationsturnier des Arbeiter-Schachvereines Kattowitz, findet vom 9. März bis Ende April statt. Anmeldungen werden bis 9. März, abends 7 Uhr, bei der Spielleitung entgegengenommen.

Kattowitz. (Holzarbeiterverband.) Am Sonntag, den 12. März, vormittags um 10 Uhr, findet im Zentralhotel die fällige Mitgliederversammlung statt. Alle Kollegen müssen erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Siemianowitz. (Ortsausschuß.) Am Sonntag, den 12. März, vormittags um 9,30 Uhr, findet im Büro des D. M. V. eine Vorstandssitzung statt.

Siemianowitz. (Voranzeige.) Die Freien Sänger Siemianowitz veranstalten in der nächsten Zeit eine Theateraufführung. Gespielt wird auf vielseitigen Wunsch die im Jahre 1931 mit so großem Erfolge zweimal aufgeführte Volksoperette „Der Postillon von Rodendorf", unter Mitwirkung des Kreschorchesters bei kleinen Preisen.

Schwientochlowitz. (D. S. J. P.) Am Freitag, den 10. März, um ½6 Uhr, findet die fällige Funktionärsversammlung statt. Um ½8 Uhr Arbeitsgemeinschaft mit dem Thema: „Einführung in die marxistische Gedankenwelt". Referent zur Stelle.

Kunzendorf. (Esperantokursus.) Am Sonntag, den 12. März, nachmittags um 2 Uhr, findet im Lokal Starowiesz ein Esperantokursus statt.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Königshütte. Am Mittwoch, den 8. März, abends 7 Uhr, findet der fällige Vortrag statt. Thema: Eine Reise durch Aegypten, mit Lichtbildern. Referent: Herr Rektor Urbanek. Mitgliedsbuch legitimiert.

Chropaczow. Am Donnerstag, den 9. März 1933, abends um 6 Uhr, findet in Chropaczow im Lokale des Herrn Gasinietz „Hotel Astonia" der fällige Vortrag des Bundes für Arbeiterbildung statt. Referent Gen. Kowoll. Wir ersuchen unsere Genossen, zahlreich zu erscheinen.

Neudorf. Am Donnerstag, den 9. März, nachmittags 5 Uhr, findet bei Gorecki ein Lichtbildervortrag statt. Die Mitglieder der „Arbeiterwohlfahrt", der Partei und Gewerkschaften, vor allem der Arbeiterjugend, sind, versehen mit Mitgliedsbuch, eingeladen. Referent: Genosse Buchwald.

Bismarckhütte. Am Montag, den 13. März, abends um 7 Uhr, findet bei Brzezina der fällige Vortrag statt. Referent: Rektor Urbanek.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt u. Inserate verantwortlich: J. V.: Reinhard Mai, Katowice. Verlag „Vita" Sp. z ogr. odp. Druck der Kattowitzer Buchdruckerei- und Verlags-Sp.-Akc., Katowice.

